

## **EXPERTISE**

**Expertise von Franz Beensen, Prof. Dr. Gert Pickel sowie Dr. Alexander Yendell (Universität Leipzig) für das SVR-Jahresgutachten 2024**

**Stand: November 2023**

### **Bitte zitieren als/Please cite as:**

Beensen, Franz/Pickel, Gert/Yendell, Alexander 2023: Bericht zur Entwicklung der Kriminalität gegen Ausländer und Flüchtlinge in Deutschland 2018–2022. Expertise im Auftrag des Sachverständigenrats für Integration und Migration für das SVR-Jahresgutachten 2024, Leipzig.

Diese Expertise wurde von Franz Beensen, Prof. Dr. Gert Pickel sowie Dr. Alexander Yendell für das SVR-Jahresgutachten 2024 erstellt, das vom Bundesministerium des Innern und für Heimat gefördert wurde.

Die Expertise gibt die persönliche Meinung der Autoren wieder und nicht notwendigerweise die des Sachverständigenrates für Integration und Migration. Für den Inhalt sind die Expertisenehmer verantwortlich.

Franz Beensen (Universität Leipzig)

Prof. Dr. Gert Pickel (Universität Leipzig)

Dr. Alexander Yendell (Universität Leipzig)

Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) gGmbH

Neue Promenade 6

10178 Berlin

## **Bericht zur Entwicklung der Kriminalität gegen Ausländer und Flüchtlinge in Deutschland 2018-2022**

# Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung – „Fremdenfeindliche“ Gewalt in Zeiten multipler Krisen.....	3
2.	Zur Datengrundlage: Die polizeiliche Erfassungspraxis politisch motivierter Kriminalität (PMK).....	5
3.	Quantitative Entwicklung der Hasskriminalität in Deutschland von 2018 bis 2022.....	9
4.	Hasskriminalität in Deutschland und gesellschaftliche Entwicklung.....	18
5.	Makrophänomene: Alternative für Deutschland, Reichsbürger und Verschwörungsglaube .....	24
6.	Fazit und Zusammenfassung .....	33
7.	Literatur .....	35

## 1. Einleitung – „Fremdenfeindliche“ Gewalt in Zeiten multipler Krisen

Der nachfolgende Bericht konzentriert sich auf Gewalt gegen Menschen in Deutschland, die von den Tätern als "fremd" angesehen werden und umfasst den Untersuchungszeitraum von 2018 bis 2022. Im Ergebnis soll er dazu beitragen, ein aktuelles und umfassendes Bild der fremdenfeindlichen Gewalt in Deutschland in den Jahren 2018 bis 2022 zu zeichnen. Der Fokus liegt in erster Linie auf der politisch motivierten Gewalkriminalität, die auch als Hassverbrechen (*hate crime*) bezeichnet werden. Gewalttaten gegen Ausländer und Geflüchtete sind ein globales Phänomen und nicht erst in den letzten Jahren aufgetreten. Entsprechend wird an einen Vorbericht, der die Entwicklung bis 2017 behandelt, angeschlossen, bzw. dieser fortgeführt. Zudem konzentriert sich der vorliegende Bericht auf eine Beschreibung der Situation in Deutschland.

Bereits in den 1990er Jahren gab es eine Welle von Gewalttaten gegen Flüchtlinge und Asylbewerber in Deutschland. Besondere Aufmerksamkeit erregte, nach der Selbstenttarnung, die rechtsextremistisch motivierte Mordserie des "Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU), bei der neun Menschen mit Migrationsgeschichte ermordet wurden. In jüngster Vergangenheit konnte eine massive Welle rechtsextremistischer Gewalt im Nachgang der sogenannten „Flüchtlingskrise“ von 2015 und 2016 beobachtet werden. Der Bericht beschreibt ausgehend von dieser Situation die fünf Jahre von 2018 bis 2022. Entsprechende Entwicklungen sind immer vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Kontexts zu sehen. Während des Betrachtungszeitraums gab es bedeutende Entwicklungen und Ereignisse mit Auswirkungen auf fremdenfeindliche Gewalt. Generell reichen diese von politischen und sozialen Veränderungen bis hin zu globalen Krisen. Konkret anzusprechen sind die Covid-19-Pandemie und die Reaktion auf die gegen die Pandemie getroffenen politischen Maßnahmen (z.B. Querdenkerdemonstrationen), der russische Angriffskrieg seit 2022 oder aber auch die Klimakatastrophe mit ihren stärker sichtbar werden klimatischen Ereignissen. Als Krisenfolgen können die Energiekrise bzw. Preissteigerungen angesehen werden, die Veränderungen in den Einstellungen wie auch dem Verhalten der Bevölkerung oder Teile der Bevölkerung erzeugen können. Da sich die Krisen zunehmend überlagern und ineinander übergehen, spricht man vermehrt von einer Zeit *multipler Krisen* (Brand 2009) oder einer polycrisis (Tooze 2023). Vor allem Entwicklungen der hate-crimes sind vor diesen gesellschaftlichen Hintergrund zu beurteilen.

Im folgenden *zweiten Kapitel* wird die Datengrundlage des Berichts erläutert. Die Untersuchung nutzt verschiedene Daten, um ein umfassendes Bild der fremdenfeindlichen Gewalt in Deutschland zwischen 2018 und 2022 zu zeichnen. Dazu gehören das polizeiliche Erfassungssystem politisch motivierter Kriminalität (PMK), die Entwicklung der Gewalttaten auf Bundesebene und im Ländervergleich, sowie die Verfassungsschutzberichte. Da sich der Bericht in weiten Teilen auf die bundesweit einheitliche PMK stützt, wird diese in Hinblick auf eine mögliche Dunkelziffer auch kritisch diskutiert, bzw. an ihre kritische Diskussion angeschlossen und um eine Opferperspektive ergänzt. *Kapitel drei* betrachtet aus einer quantitativen Perspektive die Entwicklung der Hassverbrechen über den Berichtszeitraum 2018-2022. Daran anschließend betrachtet das *vierte Kapitel* entlang der Themenkonjunktur im Berichtszeitraum die Entwicklung der Hassverbrechen. Die Fragen, die im Mittelpunkt stehen, lauten: Wie hat sich die rechtmotivierte Gewalt gegen Flüchtlinge, Asylbewerber und Deutsche mit Migrationshintergrund in den Jahren von 2018 bis 2022 entwickelt? Wie steht die fremdenfeindliche Gewalt in Beziehung zu gesellschaftlichen Entwicklungen und globalen Ereignissen in diesem Zeitraum? Um diese Fragen zu beantworten, werden im Bericht relevante Daten, statistische Informationen untersucht. Das *fünfte Kapitel* fokussiert drei Makrophänomene die über den gesamten Berichtszeitraum hinweg relevant sind: Der Aufstieg der AfD zum wichtigsten Akteur im rechten und rechtsextremen Spektrum, die lange unterschätzte Gefahr der Reichsbürgerszene und das zu Tage treten eines Verschwörungsglaubens, der über rechtsextreme Gruppen deutlich hinausreicht. Letztere sind besonders interessant für eine neue Kategorie der PMK, die scheinbar nicht klar den bisher bestehenden Kategorien zurechenbar ist. Der Bericht endet mit einer kurzen Zusammenfassung der zentralen Befunde.

## 2. Zur Datengrundlage: Die polizeiliche Erfassungspraxis politisch motivierter Kriminalität (PMK)

Im Zuge der fremdenfeindlichen Gewalterruption Anfang der 1990er Jahre wurde Kritik an der Erfassungspraxis rechter Gewalt laut. Bei den damals mehrheitlich gegen Ausländer, Asylbewerber und sogenannte Gastarbeiter verübten Gewaltdelikten handelte es sich in der Regel nicht um extremistische, das heißt gegen den demokratischen Verfassungsstaat gerichtete, Straftaten. Gleichwohl entstand eine weitreichende Bedrohungslage. Entsprechend musste eine adäquate Erfassung der Bedrohungslage gewährleistet werden, um eine Grundlage für zielgerichtete Präventions- und Repressionsstrategien zu schaffen. Denn auch wenn diese Hassverbrechen sich (zumindest zuerst) nicht gegen die staatlichen bzw. staatstragenden Institutionen richten, gefährden sie doch die Wahrung der Menschenrechte und damit den materiellen Rechtsstaat sowie die Demokratie massiv.

Politik, Sicherheitsbehörden und Wissenschaftler erarbeiteten ein neues System zur kriminalstatistischen Registrierung sowohl der extremistischen Straftaten als auch der Hassverbrechen als politisch motivierte Kriminalität. Das Ergebnis war der Kriminalpolizeiliche Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK, ab hier abgekürzt als PMK), der 2001 als bundeseinheitliches Erfassungssystem eingeführt wurde. Diese PMK wurde in den Jahren 2002, 2004, 2015 und zuletzt 2022 überarbeitet (BKA 2023:3). Als politisch motiviert gelten sowohl die Straftaten mit Systemüberwindungsabsicht als auch Delikte, bei denen Anhaltspunkte vorliegen, dass sie:

„gegen eine Person wegen ihrer/ihrer zugeschriebenen oder tatsächlichen politischen Haltung, Einstellung und/oder Engagements gerichtet sind bzw. aufgrund von Vorurteilen des Täters bezogen auf Nationalität, ethnische Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, sozialen Status, physische und/oder psychische Behinderung oder Beeinträchtigung, Geschlecht/sexuelle Identität, sexuelle Orientierung oder äußeres Erscheinungsbild begangen werden. Diese Straftaten können sich unmittelbar gegen eine Person oder Personengruppe, eine Institution oder ein Objekt/eine Sache richten, welche(s) seitens des Täters einer der o. g. gesellschaftlichen Gruppen zugerechnet wird (tatsächliche oder zugeschriebene Zugehörigkeit) oder sich im Zusammenhang mit den vorgenannten Vorurteilen des Täters gegen ein beliebiges Ziel richten.“ (BKA 2023: 5)

Durch eine bundesweit einheitliche Erfassungspraxis werden länderübergreifende Vergleiche und eine differenziertere Abbildung der politisch motivierten Kriminalität ermöglicht. Grundlegend unterscheidet die PMK zwischen Politischer Motivierter Kriminalität, Politisch Motivierter Gewaltkriminalität und Terrorismus. Die Politisch Motivierte Gewaltkriminalität ist dabei eine Teilmenge der allgemeinen Politisch Motivierten Kriminalität. Die Erfassung der PMK erfolgt in acht Hauptdimensionen: Angriffsziel, Tatmittel, Verletzte Rechtsnorm,

Deliktsqualität, Themenfelder, Phänomenbereiche, internationale Bezüge und extremistische Kriminalität (BKA 2023: 4). Zwei dieser acht Dimensionen sind für den Bericht von besonderer Bedeutung: Themenfeld (1) und Phänomenbereich (2).

Zu 1: Die Themenfelder der einzelnen Straftaten werden fortlaufend aktualisiert. Der Themenbereich der Hasskriminalität ist aber von sehr herausragender Bedeutung, Über das Themenfeld der Hasskriminalität wird auch ein internationaler Anschluss an die Debatte um hatecrime ermöglicht (Kelly/Maghan 1998). Die Hasskriminalität meint dabei sowohl die, aus Täterperspektive, fremdenfeindliche als auch die antisemitische (Gewalt)kriminalität (BKA 2023: 7/8).

Zu 2: Die Dimension der Phänomenbereiche ist im Vergleich zur langen Liste der Themenfelder relativ stabil und besitzt fünf Ausprägungen, die die jeweilige Straftat in Hinblick auf die Motivation des Täters einordnen. Die fünf Ausprägungen sind: rechts, links, ausländische Ideologie, religiöse Ideologie und sonstige. Vier der fünf Kategorien sind selbsterklärend, die Kategorie „sonstige“ bildet eine Art Restekategorie, die dann zu wählen ist, wenn „die Erkenntnislage den Rückschluss auf einen der vorgenannten Phänomenbereiche nicht zulässt“ oder „unter Berücksichtigung des Einzelfalls kein anderer Phänomenbereich einschlägig ist“ (BKA 2023: 10). Hier vielleicht eine kleine Vorbemerkung: Gerade diese Kategorie steigt im Untersuchungszeitraum sehr stark an (s. nächstes Kapitel).

Die Daten des kriminalistischen Erfassungssystem stellen eine der Hauptquellen für diesen Bericht dar. Frühere Berichte basierten teilweise komplett auf Daten der PMK. Gleichzeitig gibt es verschiedenartige Kritik an der PMK. Eine allgemeine Schwäche bzw. Herausforderung der Erfassungspraxis ist, dass die Bewertung durch die Polizeibeamten in einer frühen Ermittlungsphase erfolgt und die Tatmotivation oft nur aus äußeren Tatumständen geschlussfolgert werden kann. Nachträglich sind die Motive wie auch die Entscheidung der Kategorisierungen faktisch nicht mehr ermittelbar. Die Korrektur- und Neubewertungsmöglichkeiten von Straftaten könnte also zukünftig ausgebaut werden. Zwei weitere Kritiken wiegen allerdings deutlich schwerer.

1. Die PMK-Statistik ist durch eine *hohe Dunkelziffer* verzerrt: Die PMK-Statistik bildet das sogenannte *Hellfeld* der PMK ab. Die Gesamtheit aller Fälle setzt sich aber aus Hellfeld und Dunkelfeld zusammen. Das Dunkelfeld bilden alle Fälle, die nicht zur Anzeige gebracht werden. Das Dunkelfeld ist je nach Phänomen unterschiedlich groß, Kfz-Diebstähle werden zu über

90% angezeigt, Sexualstraftaten zu circa 1% (Birkel et al 2022: VII). Für den Gegenstand dieses Berichts, die sogenannte fremdenfeindliche (Gewalt-)Kriminalität bzw. Hasskriminalität, kann man von einem großen Dunkelfeld ausgehen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Eine Ursache für das Unterlassen der Strafanzeige dürften Befürchtungen auf Seiten der Opfer sein, dass die Anzeige folgenlos bleibt und für sie selbst entweder ein unnötiger Aufwand oder Nachteile entstehen. Speziell wenn Ängste vor einer zusätzlichen rassistischen Diskriminierung in Strafverfolgungsinstitutionen bestehen ist dies der Fall. Hier kommt dann zum Tragen, dass das Vertrauen in die Polizei in Teilen der Gruppe der Opfer gering ist. Auf institutioneller Ebene wurde die Problematik mittlerweile erkannt. Inzwischen gibt es z.B. Dunkelfeldstudien von Seiten der Polizei (Birkel et al. 2022). Für das Bundesland NRW wird gegenwärtig eine große Dunkelfeldstudie zum Antisemitismus durchgeführt (HHU 2022). Diese Dunkelfeldstudien verfügen über eine ausreichend große Finanzierung, um die hohen Standards der empirischen Sozialforschung zu erfüllen. Dieser staatlich finanzierten und institutionell angegliederten Forschung ging eine, teilweise viele Jahre andauernde, Nachfrage und Vorarbeit seitens migrantischer Selbstorganisationen voraus. Inzwischen hat sich deren Monitoring etabliert und wird teilweise staatlich gefördert. Die so erarbeiteten Berichte orientieren sich häufig an einem bestimmten Phänomen: Beispiele sind die DOSTA Dokumentationsstelle Antiziganismus (2022), die Teil der MIA (Melde- und Informationsstelle Antiziganismus, 2023a und 2023b) ist. Außerdem CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit (2023), Dokustelle Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus (2019, für Österreich).

2. Die *Opferperspektive* ist in der PMK-Statistik unter-, bzw. nicht, repräsentiert. Schon die Bezeichnung -fremdenfeindlich- stellt eine Übernahme der Täterperspektive dar. Zunehmend wird diese auch als solche gekennzeichnet bzw. reflektiert, aber das Problem bleibt bestehen: Die Opfer der Hasskriminalität werden von den Tätern als -Fremde- wahrgenommen, dabei sind sie es nicht, bzw. sollten es einen liberalen, demokratischen Verständnis von Staatsbürgerschaft nach nicht sein (Pickel/Pickel 2022). Die Statistik folgt also in der Kategorisierung als -fremdenfeindlich- der Täterperspektive. Ein Mensch bzw. Bürger der BRD ist Teil dieser, auch wenn dieser Mensch eine Migrationsgeschichte (in seiner Elterngeneration) aufweist. Die Opfer von Hasskriminalität werden durch die Täter als Fremde markiert. Hier wäre es eine weiterführende Perspektive, wenn staatliche Institutionen einer solchen Kategorisierung nicht folgen und den von Gewalt betroffenen Personen eine stärkere Sichtbarkeit ermöglichen. In der Regel liegt die Ursache für die Gewalt nicht in der



zugeschriebenen Fremdheit der Opfer, sondern im rassistischen, antisemitischen usw. Hass der Täter.

Mit dieser Kritik argumentiert vor allem eine rassismuskritische Perspektive: Die Opfer sogenannter fremdenfeindlicher Gewalt sind Opfer von Rassismus. Rassismus wird gleichzeitig als strukturelles Unterdrückungsverhältnis, institutionalisiertes Handeln und individuelles Einstellungsmerkmal verstanden. Rassismus ist für nicht rassifizierte Menschen ohne negative Folgen und wird oft auf unkritische Art und Weise in seiner Existenz bestritten (Attia 2014). Gerade im Umgang mit einer staatlichen Institution wie der Polizei fühlen sich von Rassismus betroffene Menschen daher oft nicht ernst genommen (Quent/Geschke/Peinelt 2014). Verstärkt bzw. bestätigt wird diese Wahrnehmung, wenn staatliche Institutionen die Existenz rassistischer Praktiken grundsätzlich ausschließen, wie es bspw. im Kontext der Debatte um das *racial profiling* oft geschieht (Graevskaia 2022). Folge ist ein gesteigertes Misstrauen auch gegenüber Strafverfolgungsbehörden in den hier behandelten Gewalttaten. Eine stärkere Wahrnehmung der Opferperspektive sowie von Rassismus und seine verschiedenen Wirkungsweisen könnte hier helfen die Probleme von Dunkelfeldkriminalität zu bearbeiten.

Die beiden Punkte sind miteinander verknüpft. Opfer von (rassistischer) Hasskriminalität fühlen sich von der Polizei oftmals nicht ernst genommen, bzw. nehmen sie die Polizei als vorurteilsbehaftet/strukturell rassistisch wahr (Birkel et al 2022). Aufgrund vergangener Erfahrungen und der beschriebenen Wahrnehmung zeigen sie rassistische Taten nicht an, wodurch die Dunkelziffer steigt. Inzwischen kann man von einem gesteigerten Problembewusstsein auf staatlicher, bzw. institutioneller Ebene ausgehen. Verschiedene staatliche Forschungsprojekte leisten hier die Arbeit der Erfassung. Exemplarische Beispiele dafür sind die im Kontext des Nationale Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa) bereits erschienene Auftaktstudie „Rassistische Realitäten“ (2022) des Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM), die MEGAVO-Studie über Rassismus in der Polizei und das gegenwärtig laufende Verbundprojekt zu Institutionen und Rassismus (INRA) am Forschungszentrum Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ).

Trotz dieser berechtigten Kritik bleibt die polizeiliche PMK-Statistik eine Hauptquelle für diesen Bericht. Sie ermöglicht trotz ihrer Schwächen einen Einblick in die bundesweite Entwicklung politisch motivierter Kriminalität. Ihre Stärke liegt vor allem in der Abbildung von Prozessen.

### 3. Quantitative Entwicklung der Hasskriminalität in Deutschland von 2018 bis 2022

Die sogenannte fremdenfeindliche Gewalt wird in diesem Kapitel quantitativ entlang der PMK betrachtet. In der polizeilichen Statistik bilden die fremdenfeindlichen Straftaten eines von verschiedenen Themenfeldern (s. letztes Kapitel) denen Straftaten zugeordnet werden können. Es ist die Nennung mehrerer Themenfelder für die gleiche Straftat möglich (BMI 2023: 10). Deswegen werden in diesen Kapitel die Zahlen für Hasskriminalität als übergeordnetes Themenfeld betrachtet. So soll eine Nachvollziehbarkeit der verschiedenen Schritte der Zuordnung gewährleistet werden. Zugleich besteht eine große Überlappung zwischen den Oberthemenfeld „Hasskriminalität“ und den Themenfeld „Fremdenfeindlich“. Im Jahr 2022 waren beispielsweise 11.520 Fälle dem Oberthemenfeld „Hasskriminalität“ zugeordnet und davon 10.038 dem Themenfeld „Fremdenfeindlich“ (BMI 2023). Die quantitative Betrachtung der Entwicklung der Hasskriminalität ermöglicht Vergleiche mit dem letzten bis 2017 reichenden Bericht und innerhalb des gesamten Erhebungszeitraums.

Einen guten Überblick und Ausgangspunkt für die weitere Betrachtung bildet das folgende Diagramm, das die Gesamtheit der PMK im Bereich Hasskriminalität, also nicht nur der gewaltvollen, seit 2001 ab (Abb. 1).

Abb. 1: Hasskriminalität nach PMK 2001-2022

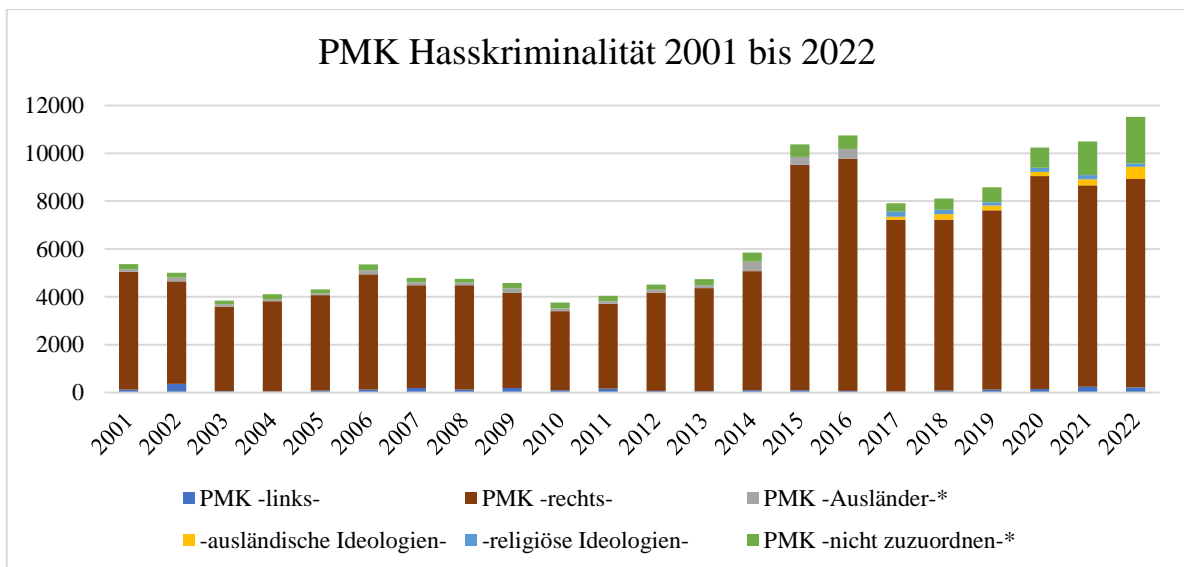


Abb. 1: eigene Darstellung basierend auf Daten des BMI<sup>1</sup>

<sup>1</sup> [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2023/05/pmk2022-ueber-hasskriminalitaet.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2023/05/pmk2022-ueber-hasskriminalitaet.pdf?__blob=publicationFile&v=3) , zuletzt abgerufen am 07.09.2023

Der Durchschnittswert für die Jahre 2001 bis 2014 beträgt 4649 Fälle pro Jahr. Der Durchschnittswert für die Jahre 2015 bis 2022 ist mit 9750 Fälle pro Jahr mehr als doppelt so hoch. Die polizeilich erfasste PMK erreicht seit Mitte der 2010er Jahre eine neue Quantität. Offensichtlich ist die Steigerung 2015 und 2016 (10.373 oder 10.751 Fälle), im Kontext der Fluchtbewegungen. 2017-2019 beruhigte sich die Situation etwas, auf allerdings hohem Niveau. Seit 2020 lässt sich von diesem aus ein erneuter, diesmal nicht sprunghafter, sondern gleitender Anstieg der Hasskriminalität beobachten. Insgesamt bewegt sich die Hasskriminalität seit 2015 auf einem gegenüber vor 2015 erheblich höherem Niveau, welches mit Debatten um Polarisierung und gesellschaftlichem Zusammenhalt als Antwort auf die potentielle Polarisierung zusammenfällt.

Der größte Anteil der Hasskriminalität entfällt in jedem Untersuchungsjahr auf rechts motivierte PMK (Abb. 2). Gerade diese ist es auch, die zwischen 2014 und 2015 eine beachtliche Steigerung erfahren hat. Im Betrachtungszeitraum von 2018 bis 2022, findet sich bis 2020 ein leichter, aber kontinuierlicher Anstieg, ab 2020 verbleibt die rechte Hasskriminalität in etwa auf ihrem (hohem) Niveau.

Abb. 2: Differenzierte Entwicklung der Formen von Hasskriminalität seit 2013

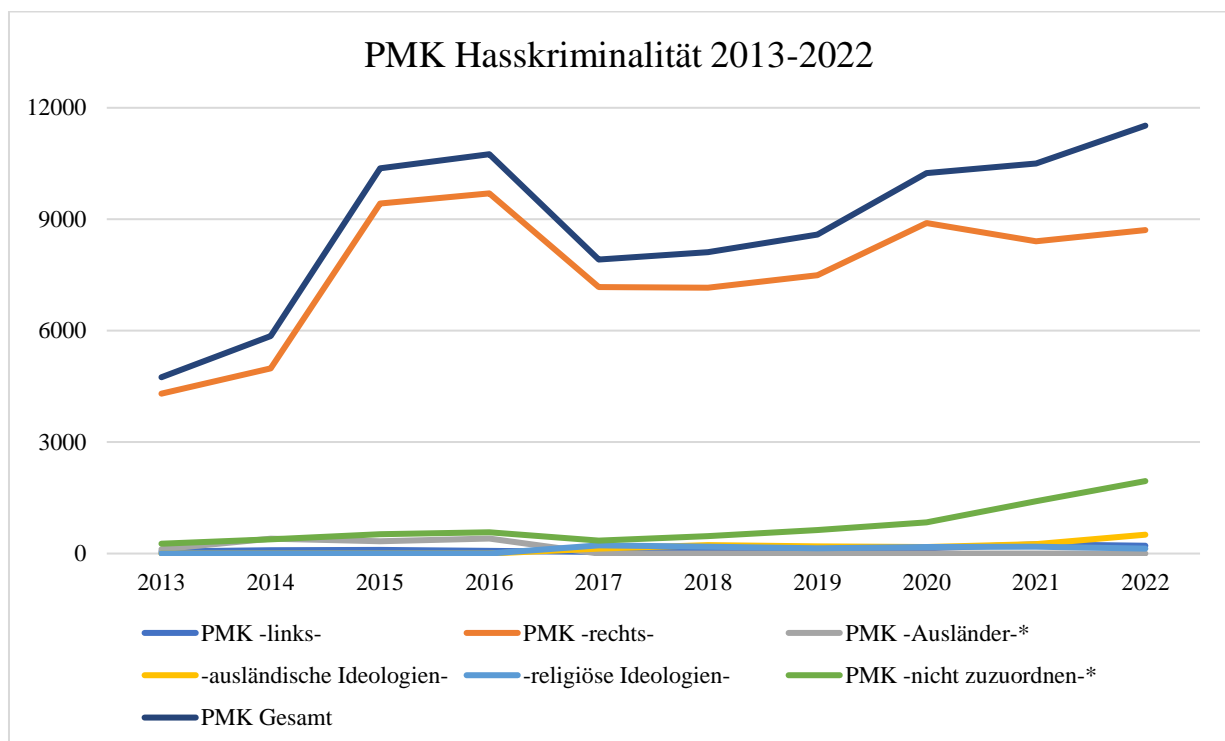


Abbildung 2: eigene Darstellung basierend auf Daten des BMI

Diese Entwicklung wird von nur geringfügigen Entwicklungen im Bereich religiöse Ideologien und Hasskriminalität aufgrund linker Ideologie begleitet. Die PMK-Ausländer wurde 2017 in die PMK religiöse Ideologien und ausländische Ideologien aufgespalten und umbenannt. Bemerkenswert ist der Anstieg der Kategorie „nicht zuzuordnen“. Hinter diesem Anstieg findet sich z.B. Hasskriminalität im Umfeld der gegen die Covid-19-Massnahmen gerichteten Demonstrationen und Bewegungen wider. Ebenfalls ist ein leichter Anstieg von Hasskriminalität ausländischer Ideologien auf einem niedrigen Niveau zu erkennen. Tabelle 1 präsentiert die Zahlen noch einmal in anderer Form und macht die konkreten Zahlen besser sichtbar.

Tab. 1: Differenzierte Entwicklung Hasskriminalität

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
PMK -links-	57	94	96	75	44	77	129	146	248	215
PMK -rechts-	4305	4983	9426	9696	7170	7153	7491	8901	8408	8712
PMK -Ausländer-*	120	402	331	404	0	0	0	0	0	0
ausländische Ideologien	0	0	0	0	132	232	192	176	255	508
religiöse Ideologien	0	0	0	0	221	184	144	173	181	134
PMK -nicht zuzuordnen-	265	379	520	576	346	467	629	844	1409	1951
PMK Gesamt	4747	5858	10373	10751	7913	8113	8585	10240	10501	11520

Tabelle 1: eigene Darstellung basierend auf Daten des BMI

Die absoluten Zahlen für die Gesamtheit der Hasskriminalität sind im gesamten Untersuchungszeitraum (2018-2022) relativ hoch: Der niedrigste Wert (8113) entfällt auf das Jahr 2018 und der höchste Wert (11.520) auf das Jahr 2022.

Drei zentrale Beobachtungen ergeben sich aus den Darstellungen:

1. Das relativ *hohe Niveau der rechten PMK* im Untersuchungszeitraum liegt zwar unter den Spitzenwerten von 2015 und 2016, aber stets weit über dem Niveau der vorherigen Jahre. Es kann von einer intensivierten Hasskriminalität seit 2015 ausgegangen werden.
2. Es fallen die, relativ betrachtet, stark gestiegenen Werte in der Kategorie „PMK -nicht zuzuordnen“ *auf*. Diese steigen über den gesamten Untersuchungszeitraum und stellen jeweils neue Spitzenwerte für den gesamten Vergleichszeitraum dar.

3. 2022 ist ein beachtlicher Zuwachs der Hasskriminalität mit ausländischer Ideologie zu erkennen. Diese dürfte in einem engen Zusammenhang zum russischen Angriffskrieg stehen und Konsequenz eines erhöhten „Propagandakriegs“ sein.

Zur Erklärung der hohen Werte in der Kategorie „nicht zuzuordnen“ muss man sich die Anti-Corona Proteste und damit einhergehenden Auseinandersetzungen in Erinnerungen rufen. Auch wenn sich diese Proteste in der Regel gegen den Staat oder dessen Repräsentanten richteten, waren sie doch auch immer potenziell bedrohlich für Menschen, die bereits präferiertes Ziel rechter Gewalt sind. Ursächlich dafür sind die oft bestehenden Überschneidungen und Verbindungen dieser Proteste bzw. von Organisatoren dieser Proteste mit rechten/rechtsextremen Akteuren und Strukturen (Moses Mendelssohn Zentrum 2022). Für das Jahr 2022 wurden im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie 13.988 Straftaten erfasst, die nicht alle dem Oberthemenfeld Hasskriminalität zugeordnet wurden (BMI 2023: 14). Mehr als ein Drittel dieser Fälle entfällt auf Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (vgl. BMI 2023:5). Man kann davon ausgehen, dass die Steigerung in der Kategorie PMK -nicht zuzuordnen- im Oberthemenfeld Hasskriminalität Straftaten sind, die im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie standen. Offenbar fiel den Behörden eine Einordnung schwer, in den behördlichen Publikationen ist die Rede von einer „heterogenen Mischszene“(BMI 2023: 15). Außerdem findet sich eine in diese Richtung weisende Feststellung: „Eine umfassende Beeinflussung bzw. Unterwanderung des Protestgeschehens durch die rechte Szene konnte – wie auch 2021 - nicht festgestellt werden.“ (BMI 2023.: 15). Ob und wie weit man die Proteste aber als von rechts unterwandert ansehen kann, ist eine komplexe Fragestellung, die noch nicht abschließend geklärt ist (Virchow/Häusler 2021 (für NRW); Kiess/Wenzel 2022 (für Sachsen); Frei/Nachtwey 2021a (für B-W)). In der bisherigen Zuordnung drückt sich auch das politische Interesse an der Einschätzung als enttäuschte Bürger aus. Würde man hypothetisch die PMK -nicht zuzuordnen- und PMK -rechts- für die Jahre 2021 und 2022 zusammenrechnen, dann erreicht man wieder die Spitzenwerte aus den Jahren 2015 und 2016. Gerade an der Einordnung von Hasskriminalität in die Kategorie -nicht zuzuordnen- wird erneut die teilweise bestehende Problematik der PMK-Kategorisierung deutlich.

Die relevanteste Teilmenge der Hasskriminalität ist zweifelsohne die gewaltvolle Hasskriminalität.

Abb. 3: Entwicklung der gewaltvollen Hasskriminalität

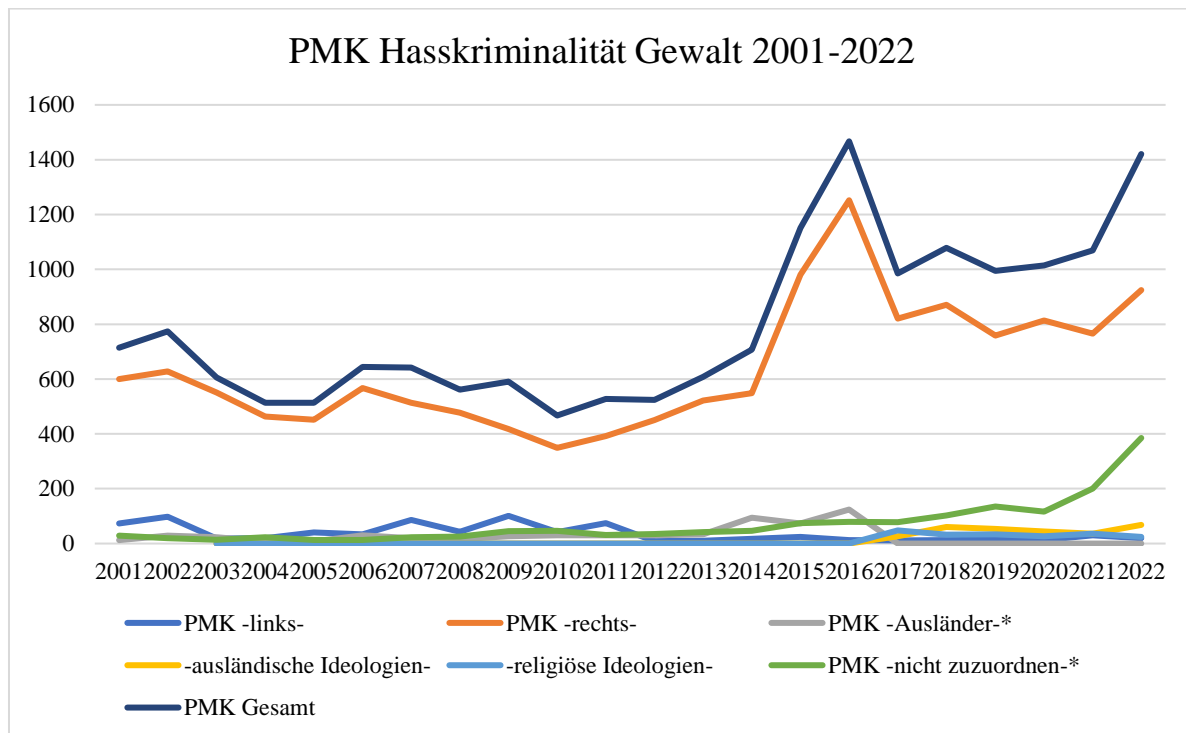


Abbildung 3: eigene Darstellung basierend auf Daten des BMI

Die Gesamtstatistik für gewaltvolle Hasskriminalität bestätigt die bereits identifizierten Trends der PMK Hasskriminalität. Die rechts motivierten gewaltvollen Hassverbrechen besitzen den mit Abstand größten Anteil an der Gesamtheit der gewaltvollen Hassverbrechen. Ein relativer Rückgang rechts motivierter gewaltvoller Hassverbrechen im Untersuchungszeitraum gegenüber den Spitzenwerten von 2015 und 2016 ist ebenso zu beobachten, wie ein gleichzeitig auf hohem Niveau verharrendes Level dieser Gewalt im Vergleich zum gesamten Betrachtungszeitraum. Auch in der Gewaltstatistik finden sich die, relativ betrachtet, enormen Anstiege der „PMK nicht zuzuordnen“ wieder. Dieser übersteigt im Anteil sogar den Anstieg bei Hassverbrechen. Allerdings muss man einschränkend anmerken: Während ein nicht zuzuordnendes Propagandadelikt auf einer Demonstration mit unter Umständen vielen rechtsmotivierten Propagandadelikten als verbunden interpretiert werden kann, sind die Ziele der Gewaltkriminalität im Oberthemenfeld Hassverbrechen in der Kategorie -nicht zuzuordnen- hauptsächlich der Staat, Amtsträger und Polizeiangehörige (BMI 2023: 14). Dies stellt einen gewichtigen Unterschied zu den im letzten Bericht (2013-2017) beschriebenen Protesten im Kontext der sogenannten Flüchtlingskrise dar. Die rechten Proteste damals richteten sich oft ganz gezielt gegen Flüchtlingsunterkünfte und deren Bewohner (mittelbar aber natürlich auch gegen den Staat der diese einrichtete).

Um die registrierten Fälle besser zu kategorisieren, gibt es eine feingliederige Unterteilung in Unterthemenfelder. Bei diesen ist aber eine Mehrfachnennung möglich. Auf knappen Raum lässt sich diese Fülle an Unterthemen und ihre Entwicklung schlecht abbilden. Deswegen beschränkt sich der Bericht auf eine Darstellung der wichtigsten Unterthemen im großen Zeitverlauf (s. Abb. 4) und einer detaillierten für die letzten fünf Jahre (s. Abb. 5)

Abb. 4: Untergeordnete Zuordnungen im Bereich Hasskriminalität

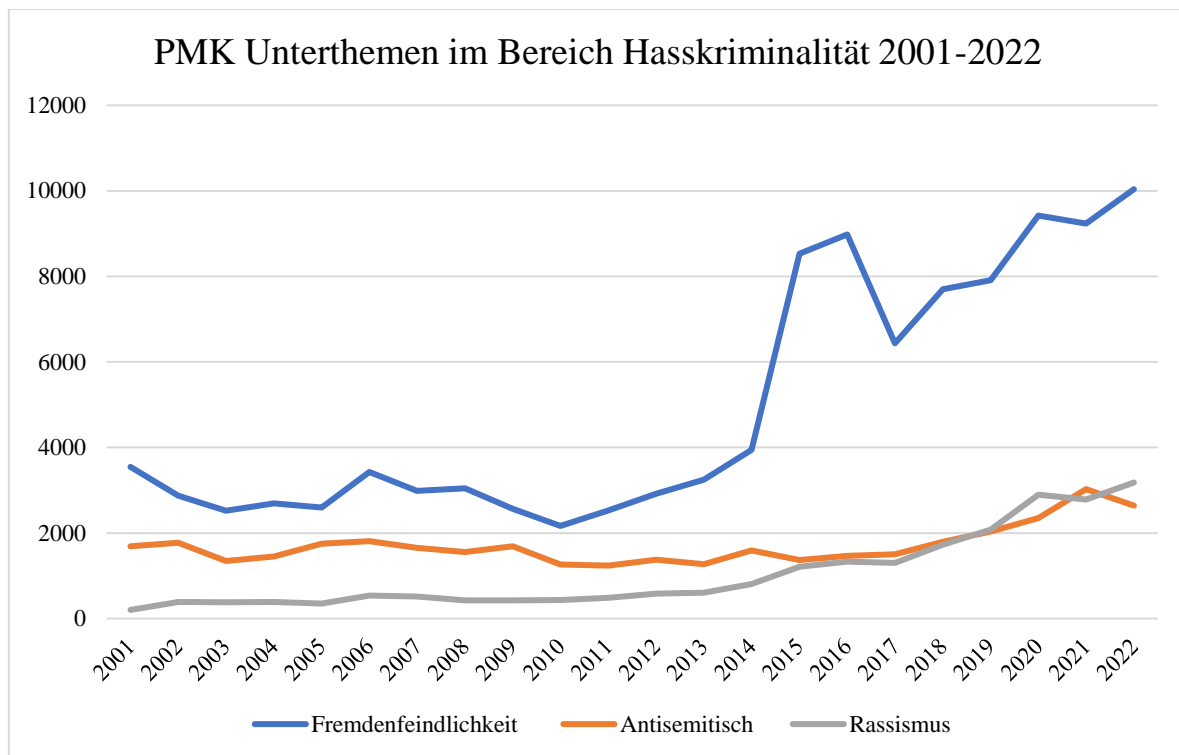


Abbildung 4: eigene Darstellung basierend auf Daten des BMI

Die meisten Fälle im Oberthema -Hasskriminalität- werden mit dem allgemeinen Unterthema -Fremdenfeindlichkeit- versehen. 2022 gab es beispielsweise insgesamt 11520 Fälle im Bereich Hasskriminalität (s. Tabelle 2). Davon wurden 10038 (87%) mit dem Label -fremdenfeindlich- versehen. Der hohe Anteil der als fremdenfeindlich markierten Fälle ist dabei über die Jahre konstant. Seit Mitte der 2010er Jahre lässt sich also eine neue Quantität beobachten (s. auch Abb. 1 und 3). Auffällig ist die stärkere Verwendung der Unterthemen -rassistisch- und -antisemitisch-. Während antisemitische Hasskriminalität seit 2018/2019 einen Anstieg verzeichnet, nimmt sich die Einordnung als rassistische Hasskriminalität seit 2001 kontinuierlich zu. Dies hat allerdings auch mit methodischen Problemen der Erfassung zu tun. Es ist, aufgrund der Möglichkeit mehrere Unterthemen pro Fall zu vergeben, möglich, dass diese als rassistisch und antisemitisch auch mit dem Unterthema -fremdenfeindlich- versehen wurden. Am deutlichsten lässt sich dies zeigen an Hasskriminalität, die sich entlang der

Verschwörungserzählung des sogenannten „Großen Austausches“ formiert. Sie könnte problemlos in alle drei verfügbaren Kategorien eingeordnet werden. Zudem standen Institutionen in Deutschland der Einordnung als rassistisch lange Zeit skeptisch gegenüber. So wird die Interpretation der Daten durch den Umstand erschwert, dass die Einordnung in diese Unterthemen oft entlang gesellschaftspolitischer Deutungen wechselt. Eventuell drückt sich darin auch ein Bewusstseinswandel in der Behörde aus, früher als fremdenfeindlich eingeordnete Taten, heute, wie von Teilen der Wissenschaft und Zivilgesellschaft gefordert, als rassistisch zu benennen. Lange Zeit wurden diese ausschließlich als fremdenfeindlichen, durch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) motivierte, Taten erfasst. Allerdings könnte auch eine Verschiebung zwischen Hell- und Dunkelfeld (s. Kapitel 2) für die Veränderung der Ergebnisse verantwortlich sein. So ordnen heute mehr Menschen ihre Diskriminierung als rassistisch ein. Nicht das man diese Diskussion falsch versteht: Diese Aspekte schließen keineswegs die Möglichkeit aus, dass es sich um die statistische Erfassung eines neuen, empirischen Trends, hinzu mehr rassistischer und antisemitischer Gewalt handelt.

Man kann die Hasskriminalität unter Berücksichtigung der angesprochenen Probleme noch versuchen weiter aufzuschlüsseln. Speziell im Betrachtungszeitraum dieses Berichtes gab es einige relevante Änderungen in den Unterthemen (s. Abb. 5 und Tabelle 2).

Abb. 5: Spezifische Unterthemen im Bereich Hasskriminalität

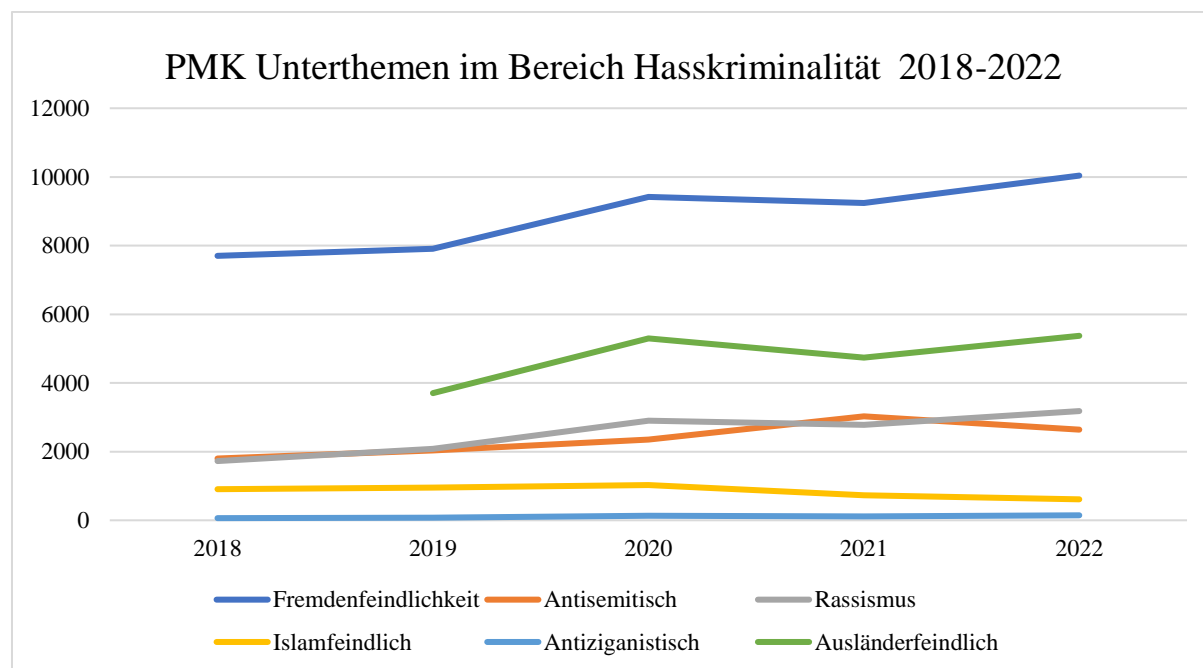


Abbildung 5: eigene Darstellung basierend auf Daten des BMI



Neben des nun eigenen Unterthema -Antiziganismus- finden sich spezifische Unterthemen für Islamfeindlichkeit und Ausländerfeindlichkeit. Gerade im Bezug auf antiziganistische Fälle wird die Dunkelfeldproblematik offenkundig (s. Kapitel 2). Sehr wenige Fälle werden mit diesem Unterthema versehen (2018: 63; 2022: 145, bei einer Gesamtmenge von 8113 bzw. 11520 PMK-Fällen). Die DOSTA - Dokumentationsstelle Antiziganismus betreibt eine Meldestelle für Berlin. Dort wurden für die Jahre 2021 147 Fälle und für 2022 225 Fälle in Berlin gemeldet (vgl. DOSTA 2022: 17). Die bundesweite Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) nennt in ihren ersten bundesweiten Bericht für 2022 621 Fälle (MIA 2023b: 32). Das sind mehr als in der bundesweiten PMK. Zudem werden sich die gemeldeten Fälle nicht decken. Es ist also weiterhin von einem extrem großen Dunkelfeld in diesen Bereich auszugehen. Die Vorsitzende der MIA kommentierte die polizeiliche Statistik:

„Aufgrund der Erfahrungen aus der bisherigen Tätigkeit von MIA und den Berichten von langjährig aktiven Selbstorganisationen müssen wir davon ausgehen, dass es nach wie vor eine hohe Dunkelziffer von Taten gibt, die keinen Eingang in die Statistik finden. Ob dies primär damit zusammenhängt, dass Betroffene entsprechende Taten nicht zur Anzeige bringen, oder ob es mitunter auch auf ein mangelndes Erkennen antiziganistischer Motive bei den Verfolgungsbehörden zurückzuführen ist, lässt sich anhand der nun vorliegenden Daten nicht beurteilen. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass beides Hand in Hand geht.“ (MIA 2023a: 1)

Die bundesweiten Strukturen der MIA befinden sich noch im Aufbau. Der erste Jahresbericht der MIA für 2022 ist somit ein Ausgangspunkt für weiteres Community-basiertes Monitoring und Strukturaufbau im Bereich Antiziganismus (MIA 2023b: 47).

Die CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit betreibt ebenfalls ein Community-basiertes Monitoring, aber für Islam- und Muslimfeindlichkeit. 2022 wurden erstmal bundesweite Fallzahlen veröffentlicht: 898 antimuslimische Vorfälle wurden insgesamt gemeldet. Ebenso wie bei MIA/DOSTA wird es aber auch in diesen Bereich ein beachtliches Dunkelfeld geben.

Am weitesten gediehen ist der Strukturaufbau bei den Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS). Sie veröffentlichen über ihren Bundesverband einen Jahresbericht, der auf Basis von Angaben aus der Community nicht nur das Hellfeld, sondern auch sonst im Dunkelfeld liegende Diskriminierung und Gewalttaten sichtbar macht.<sup>2</sup> Die von RIAS gesammelten Fälle liegen teilweise unter den antisemitischen Fallzahlen der polizeilichen Statistik. Vermutlich sind die Wissensbestände in den Behörden bzgl. Antisemitismus größer

---

<sup>2</sup> Diese Strukturen sind allerdings in Teilen finanziell (in der Förderung) prekär bzw. stetig im Aufbau begriffen.

und das Anzeigeverhalten von Seiten der jüdischen, bzw. von den Tätern als jüdisch wahrgenommenen, Community größer als bspw. im Bereich Antiziganismus.

Tab. 2: Auf Basis der Community ermittelte Hasskriminalität

	2018	2019	2020	2021	2022
Fremdenfeindlichkeit	7701	7909	9420	9236	10038
Antisemitisch	1799	2032	2351	3027	2641
Rassismus	1725	2078	2899	2782	3180
Islamfeindlich	910	950	1026	732	610
Antiziganistisch	63	78	128	109	145
Ausländerfeindlich		3703	5298	4735	5372
PMK -Hasskriminalität- gesamt	8113	8585	10240	10501	11520
Antiziganismus DOSTA/MIA				147*	621
Islam-/Muslimfeindlich CLAIM					898
Antisemitisch RIAS			1957	2773	2480

\*nur Berlin

Tabelle 2: eigene Darstellung basierend auf Daten des BMI, MIA/DOSTA, RIAS und CLAIM

Beachtlich ist auch hier die hohe Zahl der Einschätzung „fremdenfeindlich“ oder „ausländerfeindlich“, sowie die gegenüber der PMK insgesamt höheren Zahlen. Für die Entwicklung entscheidend ist allerdings die zur PMK fast deckungsgleiche Entwicklung einer Steigerung seit 2020.

#### 4. Hasskriminalität in Deutschland und gesellschaftliche Entwicklung

Zu Beginn des Berichts haben wir den Begriff der Polycrisis erwähnt. Ähnliche Begriffe, die das gleiche meinen sind beispielsweise: Multikrise, Mehrfachkrise, Vielfachkrise, Dauerkrise und ihre jeweiligen englischen Entsprechungen. Insofern ist das Sprechen von diesen, sich überlagernden, überschneidenden, nicht endenden, Krisen vielleicht sogar ein Stück weit Gemeinplatz geworden. Gleiches gilt für die diskutierten Umgänge mit diesen Krisen: Resilienz und Robustheit, die es beide zu steigern gilt, sind in diesen Kontext zu Trendbegriffen geworden. Unabhängig von der Frage ob und inwieweit diese Gegenwartsdiagnosen zutreffen, eignen sie sich zur Kontextualisierung dieses Berichts. Denn der Bereich der Hasskriminalität, bzw. der fremdenfeindlichen Gewalt, werden den Daten folgend von diesen gesamtgesellschaftlichen Trends beeinflusst. So lässt sich für den Betrachtungszeitraum nicht das eine bestimmende (Mobilisierungs-)Thema ausfindig machen, wie es 2015 und 2016 mit der sogenannten Flüchtlingskrise der Fall war. Stattdessen gab es eine, sich teilweise überlagernde Themenkonjunktur, die ihre Auswirkung auf die Entwicklung der Hasskriminalität nahm – zumindest, wenn man den Daten folgen will.

##### *Ausklingen der Flüchtlingskrise (2018/2019)*

2018 und 2019 bilden die beiden Jahre mit den niedrigsten Werten. Die Flüchtlingskrise lief quasi aus, große Mobilisierungen wurden zunehmend schwerer, auch weil sich die Europäische Union und Deutschland stärker gegen Immigration abschotteten und so der Zustrom neuer Geflüchteter stark abnahm (Schimmelfennig 2021; Kriesi et al 2021). Vereinzelte Ereignisse mit erfolgreicher Mobilisierung ragen aber heraus: Der Tod eines Deutschen in Köthen infolge einer Körperverletzung durch Asylbewerber im September 2018 und ein mutmaßlich von Asylbewerbern verübter Tötungsdelikt in Chemnitz im August 2018. In beiden Städten kam es danach zu Anti-Asyl Protesten. Die Redebeiträge waren von Rechtsextremisten dominiert, die Teilnehmer hingegen in der Masse eher bürgerlich (BfV 2019: 46). Auch infolge dieser Ereignisse kam es zu bemerkenswerten Organisationsbildungen, bspw. von rechten Bürgerwehren in Chemnitz oder rechtsterroristischen Kleinverbänden wie der Gruppe Freital (BfV 2019: 58). 2019 kam es zu ähnlichen Demonstrationen in Frankfurt und Stuttgart, auch jeweils in Reaktion auf vorherige Ereignisse (BfV 2020: 47/48)

Zwei rechtsextreme Anschläge in den Jahren 2019 und 2020 ragen aus verschiedenen Tötlichkeiten heraus: Zum einen der Anschlag auf eine Synagoge in Halle zu Jom Kippur im Oktober 2019 und im Februar 2020 der Anschlag auf eine Shisha-Bar in Hanau. In beiden

Fällen mordete ein rechtsextremer Einzeltäter aus rassistischen bzw. antisemitischen Motiven. Im Falle des Anschlag auf die Synagoge in Halle rettete eine stabile Tür den Besuchern der Synagoge das Leben. Der Täter ermordete daraufhin relativ willkürlich zwei Personen auf der Straße, derer er habhaft werden konnte. In Hanau war hingegen eine Shisha Bar Ziel des Mordanschlag. Dieser Anschlag wurde nicht durch glückliche Umstände, wie die stabilen Synagogentüren in Halle, aufgehalten. Der Täter ermordete in mehreren Lokalen neun Menschen mit Migrationsgeschichte und anschließend seine Mutter und sich selbst. Die Täter verbreiteten ihre Motivation online. Sie besaßen ein rassistisches, misogynen und verschwörungstheoretisches Weltbild und radikalisierten sich maßgeblich im Internet (Rathje 2021: 53-57). Im Unterschied zum Täter in Halle war der Täter in Hanau zudem schwer paranoid. Hier wird ein Problem der Prävention gegenüber entsprechenden Gewalttaten deutlich: Den Sicherheitsbehörden fällt es schwer Täter mit rechtsextremen Mischideologien und einer Radikalisierung im digitalen Raum zu identifizieren (BfV 2022: 53). Zudem wird die hohe Relevanz von Verschwörungserzählungen für fast jede Form der Hasskriminalität deutlich. Derartige Anschläge und die vielen kleinen Angriffe, die nicht soviel mediale Aufmerksamkeit erhalten, belegen die nachhaltige Gefahr in Deutschland Opfer rassistischer und antisemitischer Gewalt zu werden.

#### *Covid-19: Verschwörungstheorien mobilisieren Massen (2020-2022)*

2020 bis 2022 sind durch die Covid-19-Pandemie kam es zu beträchtlichen Einschränkungen des Alltags in Deutschland und der Welt. Diese Einschränkungen dienten als Mobilisierungsthema für verschiedene Gruppen, wie z.B. Verschwörungsgläubige, die Esoterik Szene, Reichsbürger und Selbstverwalter, Rechtsradikale/-extreme. Der Verfassungsschutz hat im Jahr 2021 eine eigene Kategorie für „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ (BfV 2022: 112-119) eingeführt, in der all jene Personen erfasst werden, die keinen anderen Extremismus zugeordnet werden konnten. Verschwörungstheorien waren auch für die erfolgreiche Mobilisierung in diesen Kontext zentral. Bereits lange existierende Verschwörungstheorien konnten die Covid-19-Pandemie gut in ihr Narrativ integrieren (BfV 2021: 50). Beispielsweise wurde im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise das Narrativ des „Großen Austausch“ von rechten/rechtsextremen Akteuren, wie der (Jungen) Alternative für Deutschland, stark verbreitet (vgl. BfV 2023:89; BfV 2021: 98 und Ayyadi 2017). Dieses Narrativ behauptet die Existenz eines gesteuerten Austauschprozess in Deutschland. In Zuge dieses Austauschprozess werden Migranten in Massen nach Deutschland eingeführt und sollen die „echten“ Deutschen ersetzen. Die Covid-19-Pandemie wurde in dieses Narrativ integriert.

Die Impfungen gegen das Virus schützten nicht vor dem Virus, sondern schwächten/vergifteten vorsätzlich die deutsche Bevölkerung um so den „großen Austausch“ zu beschleunigen. Dies ist nur ein Beispiel wie eine bereits existierende, rechte Verschwörungstheorie die Covid-19 Pandemie, also ein neues Thema, integrierte. Es gibt unzählige Adaptionen dieser Art (Butter/Knight 2023). Insofern ergab sich auf den Demonstrationen gegen diese Maßnahmen ein extrem heterogenes Bild. Für die Hasskriminalität, bzw. die fremdenfeindliche Gewalt, werden diese Verschwörungstheorien unterschiedlich bedeutsam.

In Bezug auf Antisemitismus lässt sich festhalten, dass die Verschwörungstheorien in der Regel die Existenz einer Gruppe versteckter, im Verborgenen agierender Verschwörer behauptet. Antisemiten imaginieren Juden in gleicher Art und Weise als übermächtige Weltenlenker. Der Grad zu dem einzelne Verschwörungsgläubige explizit Juden an die Stelle der Verschwörer setzen, variiert. Häufig bleibt die genaue Größe interpretationsoffen. Vielfach finden sich auch Stellvertreter für Juden. Besonders häufige Stellvertreter sind die USA und Israel. Wer solchen Verschwörungsglauben anhängt kann schnell die Überzeugung entwickeln, dass ihn durch die Schutzmaßnahmen großes Unrecht angetan wird. Mittelbar können Verschwörungstheorien zu Hassverbrechen gegen Juden motivieren. Dies gilt besonders dann, wenn in der jeweiligen Verschwörungstheorie diese als Lenker/Verantwortliche benannt werden, bzw. nahegelegt werden (BfV 2021: 113). Damit knüpft man an klassische antisemitische Verschwörungserzählungen an und rekonstruiert ein antisemitisches Ressentiment. Da ist es dann auch wenig überraschend, dass es im Zusammenhang mit Covid-19-Pandemie zu einer Bagatellisierung des Holocaust und des Nationalsozialismus kam. Betroffene der Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie inszenierten sich z.B. durch die Verwendungen der gelben Judensterne als Opfer der Politik und setzen sich in dieser Rolle den Juden im Nationalsozialismus gleich (BfV 2021:114). Etliche derartige Fälle wurden dokumentiert (RIAS 20-22). Auch für von Antiziganismus betroffene Personen muss es schwer nachvollziehbar sein, wenn Betroffene der Maßnahmen das Z-Wort verwenden, um sich in eine Kontinuität zu den vernichteten Sinti und Roma zu setzen (DOSTA 2022: 19). Die Junge Alternative für Deutschland bezeichnete ferner das Infektionsschutzgesetz als Ermächtigungsgesetz (BfV 2021: 99).

Die Verbindung zum Rassismus ist anders gelagert. Im rassistischen Denken werden die rassifizierten Menschen eher herabgesetzt, sie seien weniger intelligent, weniger fähig und allgemein minderwertiger als die eigene, imaginierte Rasse. In Zusammenhang mit den Verschwörungstheorien bekommen Migranten oft die Rolle eines Mittel zum Zweck.

Beispielsweise dienen sie der Gruppe der Verschwörer, der Theorie des „Großen Austausch“ zufolge zur Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Insofern werden sie von den Verschwörern gegen die Bevölkerung eingesetzt, sind aber nicht notwendigerweise Teil der Gruppe der Verschwörer. Dennoch greift der gleiche Mechanismus wie im Falle des Antisemitismus: Werden Migranten als Teil der Verschwörung begriffen, so stellen Angriffe auf diese Menschen, aus der Perspektive der Verschwörungsgläubigen, Widerstand gegen den „Großen Austausch“ dar. Verschwörungstheorien können also auch zu rassistischen Hassverbrechen motivieren, zumal sie in Zusammenhang mit rassistischen Einstellungen stehen (Yendell/Herbert 2022), die Voraussetzung für rassistisches Verhalten sind.

Die Covid-19 Pandemie begann im März 2020. Im August 2020 kam es zu Großdemonstrationen in Berlin, bei dem einzelne Personengruppen bis auf die Treppen des Reichstag gelangen und diesen mutmaßlich stürmen wollten. Weitere Großdemonstrationen folgten im März 2021 in Kassel, im August 2021 wieder in Berlin und im November 2021 in Leipzig. Der einzige, beschränkt erfolgreiche Versuch der bundesweiten Organisation der Proteste unter dem Dach der sogenannten „Querdenken“ Bewegung scheiterte. Der Gründer der Bewegung (Michael Ballweg) wurde im Juni 2022 verhaftet. Regional erfolgreich waren die Freien Sachsen. Dabei handelt es sich um eine rechtsextreme Kleinstpartei, die im Bundesland Sachsen das Protestgeschehen dominierte. Im April 2022 scheiterte die allgemeine Impfpflicht im Bundestag. Zusammen mit der Aufhebung nahezu aller Maßnahmen und der sich verändernden Themenkonjunktur hinzu den Krieg in der Ukraine und etwaigen Auswirkungen auf die BRD gelang ab dem Frühjahr 2022 keine vergleichbare Massenmobilisierung mehr mit pandemiebezogenen Themen (BfV 2022: 60).

#### *Überfall auf die Ukraine, Klimawandel, Versorgungsengpass (2022)*

Im Februar 2022 erfolgte der Überfall Russland auf die Ukraine. Dieser Krieg und seine Folgen waren das dominierende Thema des Restjahres. Realer Bezugspunkt rechtsextremer Agitation war die angespannte Energieversorgung Deutschlands. Diese war bis zu Beginn des Krieges (und ist es in eingeschränkter Form bis heute) von russischen Energieexporten abhängig. Vor allem rechte Akteure versuchten thematisch an diese neue Krise anzudocken. Eine einheitliche Positionierung (pro-ukrainisch oder pro-russisch) konnte sich in der rechten Szene nicht durchsetzen. Im Zusammenhang mit dem Krieg stieg auch die Inflation an. Die negativen Folgen, besonders spürbar waren Steigerungen der Lebensmittelpreise, trafen alle Bürger, besonders diejenigen mit niedrigen Einkommen (BfV 2022: 61). Dominierten also bis in das

Frühjahr hinein noch Proteste gegen die Impfflicht, so verlagerte sich das Demonstrationsgeschehen nun auf die Energie- und Inflationsthematik (vgl. BfV 2022: 62).

Besonders in Hinblick auf die Energiepolitik ließ sich eine doppelte Bezugnahme beobachten. Zum einen auf die unterstellte Nichtwirksamkeit der Sanktionen gegenüber Russland, die lediglich zu einer Teuerung für die deutsche Bevölkerung führen würden. Zum anderen auf Klimapolitik, die stark verbunden ist mit der Energiepolitik. Die Klimapolitik zielt seit einigen Jahren auf die Bekämpfung bzw. Abschwächung der Effekte des Klimawandel oder der Klimakrise. Dafür wird in erneuerbare Energien investiert, wurde der Atomausstieg vollzogen und im Kontext des russischen Überfall auf die Ukraine auch die Abhängigkeit von russischen, fossilen Energieträgern reduziert. Eine, wie auch immer genau geartete, Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft ist offensichtlich ein kostspieliges Projekt. Die sich aus dieser, notwendigen Transformation ergebenden Ängste (steigende Energiepreise, steigende Sanierungskosten, Jobverlust durch Deindustrialisierung/Wirtschaftswandel, Mobilitätseinschränkungen durch E-Mobilität) sind vielfältig und werden von rechten Akteuren massiv zur Mobilisierung genutzt (vgl. Quent/Richter/Salheiser 2022)

Im Spätherbst 2022 war ein Teil der genannten Krisen erfolgreich bearbeitet worden. Die Abhängigkeit von russischen Gasimporten konnte z.B. signifikant reduziert werden, indem alternative Quellen erschlossen wurden. Die Gefahr eines möglichen Blackout verlor zunehmend an Mobilisierungskraft. Die gestiegenen Lebenserhaltungskosten waren zwar ein reales Problem, aber es gelang keine Massenmobilisierung mit diesem Thema wie bspw. gegen die Impfflicht. In der Folge kam es zu einer erneuten Hinwendung zum Thema Migration durch rechte Akteure, die ein Stück weit als eine Rückkehr zu den Wurzeln der rechten Szene darstellt (Quent/Richter/Salheiser 2022: 63).

In Kontext des russischen Angriffskrieg kam es erneut zu Massenfluchtbewegungen, dieses Mal aus der Ukraine. Man geht von etwa 7,4 Millionen Nettoausreisen aus der Ukraine aus. Davon entfallen 4,5 Millionen auf die EU, davon halten sich wahrscheinlich circa 750.000 (nach Abzug der Rückkehrer) in Deutschland auf (Düvell 2022: 3). Außerdem stieg im ersten Halbjahr 2022 die Anzahl der Flüchtlinge auf der Balkanroute in Relation zu den Vorgängerjahren. Dieses Migrationsbewegung wurde gezielt von rechten Akteuren thematisiert: Es handele sich um die gleichen Flüchtlinge wie 2015 und 2016 die nun im Zuge der großen Solidarität mit den ukrainischen Flüchtlingen, quasi in deren Schatten, nach Deutschland kämen. Bei der Migration auf der Balkanroute handelt es sich aber um „nachholende sowie sekundäre Wetermigration“ (vgl. Düvell 2022: 5). Der statistische Effekt

eines Anstiegs ist auch auf die Verzerrung durch die Covid-19 Pandemie zurückzuführen, die die Mobilität weltweit stark einschränkte. Die Anzahl der Migranten die sich neu auf die Balkanroute begeben, also hauptsächlich aus der Türkei, betrug 2022 circa 38.000. 2015 waren es 885.386 (Düvell 2022: 4). Die Situation auf der Balkanroute ist also nicht gleichzusetzen mit derjenigen 2015. Einige weitere große Unterschiede fallen im Vergleich zwischen 2022 und den Jahren 2015 und 2016 auf: 2015 verlief die Flucht chaotisch, die ukrainischen Flüchtlinge hingegen wurden recht geordnet, evakuiert. Die rechtliche Situation der ukrainischen Flüchtlinge ist besser, sie genießen pauschal einen vorübergehenden Schutzstatus. Im Vergleich zu der Flüchtlingswelle 2015/2016 kehrte circa ein Drittel der ukrainischen Flüchtlinge bereits zurück. Die Solidarität mit den geflüchteten Ukrainern ist größer als mit den Flüchtlingen 2015/16, etwa zwei Drittel sind privat untergebracht (Düvell 2022). Die Differenzen zur Situation 2015 und 2016 erklären ein Stück weit das Ausbleiben einer gleichgearteten Welle rechter Gewalt. Dennoch entstehen mit den Flüchtlingsheimen für diejenigen, die nicht privat untergebracht werden können neue Gelegenheitsstrukturen für Angriffe auf als fremd markierte Menschen. So stieg die Anzahl der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im Jahr 2022 auf 121, was einen Anstieg von 73% im Vergleich zum Vorjahr entspricht. 2015 waren es mit 1047 Angriffen allerdings deutlich mehr (FAZ 2023).



## 5. Makrophänomene: Alternative für Deutschland, Reichsbürger und Verschwörungsglaube

### *Der wichtigste rechtsradikaler Akteur: Die Alternative für Deutschland (AfD)*

Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) wurde 2013 gegründet und entwickelt sich seitdem mit einer relativ hohen Dynamik. Im Berichtszeitraum kann man zwei grundlegende Phasen unterscheiden. Die erste Phase ist die des Richtungsstreit zwischen den völkisch-nationalen Flügel um Björn Höcke und Alice Weidel und der national-liberalen Gruppe um Jörg Meuthen. Dieser Richtungsstreit begleitete die Partei seit ihrer Gründung. Er kann mit dem Austritt Meuthens aus der Partei im Januar 2022 als beendet angesehen werden. Seitdem dominiert die Gruppe um Höcke und Weidel die Partei. Zum ersten Mal tauchte die AfD als Verdachtsfall im Jahr 2019 im Verfassungsschutzbericht auf. Das Kapitel ist überschrieben mit „Rechtsextremistische Verdachtsfälle innerhalb der Partei Alternative für Deutschland“ (BfV 2020: 83). Konkrete Verdachtsfälle sind „Der Flügel“, der eine bundesweite Interessengemeinschaft innerhalb der Partei unter Führung von Björn Höcke darstellt und die Jugendorganisation „Junge Alternative für Deutschland“ (BfV 2020: 87-89). Der Flügel wurde 2020 als „erwiesen rechtsextrem“ (BfV 2021: 93) eingestuft. Daraufhin wurde die Interessengemeinschaft noch 2020 formal aufgelöst. Die Personen wirkten aber, nach eigener Aussage, über die kommenden Jahre in der Partei und auf die Ausrichtung der Partei ein. Im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2022 wird erstmal die ganze Partei als Verdachtsfall geführt. Die Partei radikalisierte sich über die Jahre stetig, zentrales Mobilisierungsthema war das Thema Migration – und dort speziell muslimische Migration. Zudem sind zahlreiche islamfeindliche, muslimfeindliche, rassistische, antifeministische und antisemitische Positionen zentral für das Profil der Partei (Kalkstein et al. 2022).

Die Partei ist bundesweit inzwischen der wichtigste rechtsradikale, unter Rechtsextremismus Verdacht stehende, Akteur. Es gibt lokale Konkurrenten, wie z.B. die Freien Sachsen im Bundesland Sachsen, oder kleinere Parteien, wie der „dritte Weg“ in Plauen, bzw. die NPD in Eisenach. Bundesweit gibt es aber keine ernsthafte Konkurrenz für die Partei auf der rechten Seite des politischen Spektrums (mehr). In den oben beschriebenen, die Berichtsjahre dominierenden Themen und Demonstrationsgeschehen, nahm die AfD oft eine Schlüsselrolle ein. Funktionäre der Partei unterstützen Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte, vernetzten rechte Akteure im ländlichen Raum und tragen die entsprechenden Positionen in die Parlamente und (halb-)öffentlichen Debatten, womit sie den politischen Diskurs in Deutschland inzwischen stark prägen. Für die verhandelte fremdenfeindliche, antisemitische, rassistische usw. Gewalt

ist das Wirken der Partei von Bedeutung, weil die AfD ein gesellschaftliches Klima schafft, dass es Tätern leichter macht Gewalt auszuüben und sich damit als Vertreter der Mehrheit zu sehen. Die AfD konnte dabei vor allem in Ostdeutschland Wähler mobilisieren und stilisiert sich dort als einzige völkische Alternative zu einem als „korrupt und ungenügend“ kategorisierten politischen System und speziell Vertretung der Ostdeutschen.

### *Eine unterschätzte Gefahr: Die Reichsbürger- und Selbstverwalterszene*

Im Kontext von Verschwörungsideologien und Rechtsextremismus fiel im Jahr 2022 die „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Szene besonders auf. Die Gruppierungen und Einzelpersonen, die sich als "Reichsbürger" oder "Selbstverwalter" bezeichnen, lehnen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und ihres Rechtssystems aus verschiedenen Gründen ab (BfV 2023: 104). Diese Gründe sind die Bezugnahme auf das historische Deutsche Reich als eigentlichem Rechteinhaber der Staatsgewalt, die Verwendung von verschwörungstheoretischen Argumentationsmustern oder die Selbstdefinition durch ein individuelles Naturrecht (Salzborn 2020: 98; Horten/Orth 2023: 255). Jan Rathje (2017: 240-242) schlug folgende Unterteilung vor: Die ideologische Klammer, die alle Untergruppen vereint, ist die Annahme, dass Deutschland von einer fremden Macht beherrscht wird, die im Hintergrund die Fäden zieht. Ausgehend davon gibt es verschiedene Gruppen. Er unterscheidet die Souveränitätsfordernden, die hauptsächlich die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland als nicht gegeben sehen. Diese grenzt er ab von den Rechtsextremisten nach 1945, die aktiv versuchten das Deutsche Reich wiederherzustellen. Als dritte Gruppe nennt er diejenigen, die bereits glauben, im deutschen Reich zu leben. Zuletzt bleibt noch die Gruppe der Selbstverwalter, die den deutschen Staat als illegitim ansehen, aber nicht notwendigerweise meinen im deutschen Reich zu leben, sondern bspw. auch in einer germanischen Gemeinschaft (Röpke/Speit 2021; Schönberger/Schönberger 2020). Es ist nahezu unmöglich die Gesamtheit der Argumentationen der Reichsbürger im Einzelnen abzubilden. Die Vielstimmigkeit und lose Organisationsweise der Szene, die keine Autorität kennt, die eine verbindliche Argumentation für alle Reichsbürger festlegt, bedingt dies. Dennoch soll, der Anschaulichkeit halber, ein relativ gutes Beispiel für ihre Argumentation dargestellt werden: Eine der weitverbreitetsten Irrungen innerhalb der Reichsbürgerszene ist die Behauptung, Deutschland besäße keinen Friedensvertrag mit dem Siegermächten des Zweiten Weltkriegs (Rathje 2017: 244). Zur Einordnung dieser Behauptung muss man kurz ausholen: Bereits zum Ende des zweiten Weltkrieg zeichnete sich die Blockkonfrontation zwischen der UdSSR und den USA ab. Infolge dieser Blockkonfrontation wurde Deutschland geteilt und verlor außerdem einige

Gebiete an die Siegermächte bzw. deren Verbündete. Mit dem Ende der Blockkonfrontation, des sogenannten kalten Kriegs, veränderte sich die Situation erneut. Die Deutsche Demokratische Republik trat der Bundesrepublik Deutschland im Zuge der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten der Bundesrepublik Deutschland bei. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 stellte die endgültige innere und äußere Souveränität des vereinten Deutschland her, indem er z.B. den Abzug der sowjetischen Truppen regelte. Aufgrund der konkurrierenden deutschen Staaten war ein formaler Friedensvertrag mit allen Siegermächten gleichzeitig 1949 nicht möglich. Allerdings ist der Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 funktional äquivalent zu einem Friedensvertrag. Außerdem gab es bereits zuvor, 1951 durch die Westalliierten (USA, Großbritannien, Frankreich) und 1955 durch die UDSSR, sogenannte Friedenserklärungen (Rathje 2014: 20). Diese historische Entwicklung wird noch heute von der Reichsbürgerszene vehement bestritten und stattdessen eine fortgesetzte Situation der Besatzung behauptet (weitere Mythen finden sich bei Rathje 2014). Ausgehend von dieser Argumentation werden Verwaltungsakte der deutschen Bürokratie grundsätzlich abgelehnt. Dies schlägt sich in diversen Praxen nieder, bspw. dem massenhaften Versenden der hier kurz skizzierten Argumentation an diverse Ämter und der Zugangsverweigerung zum eigenen Grundstück gegenüber Amtsvertretern. Neben dieser, unmittelbar nur für die betroffenen Ämter nervenraubenden, Praxis können sich Anhänger der Szene auch radikalisieren und bspw. eigene Polizeiverbände gründen oder im Internet Zugehörige von Minderheiten ausweisen (Rathje 2014: 21-24). Generell besitzt die Szene eine große Affinität zur Militanz und insbesondere zum Waffenbesitz (Salzborn 2020: 98).

Ein konkretes, eindruckliches und relativ frühes Ereignis war der Mord an einen Polizisten durch einen Reichsbürger im Oktober 2016. Der Täter hatte seine Überzeugungen zunehmend publik gemacht und über viele Jahre 31 Schusswaffen legal erworben. Diese sollten ihn entzogen werden. Da er jede Kooperation mit dem Staat verweigerte kam es zu einem SEK Einsatz um ihm die Waffen abzunehmen. In dessen Verlauf eröffnete der Reichsbürger das Feuer und verletzte vier Polizisten, von denen einer seinen Verletzungen erlag (Speit 2017). Durch diese Tat, die das Gewaltpotential der Reichsbürgerszene offenbarte, begann eine vermehrte und ernsthaftere Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Reichsbürger.

Im jüngeren Zeitraum profitieren die Reichsbürger von den Entwicklungen im Kontext der Covid-19 Pandemie. Viele Menschen waren durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie in ihrer Lebensführung signifikant eingeschränkt. Bei vielen Betroffenen baute sich Frust auf, die Teilnahme von Reichsbürgern an den Demonstrationen gegen die Maßnahmen

wurde geduldet. Dies gab ihnen Raum um ihre Ideologie zu verbreiten und vor allem Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Bundesrepublik Deutschland zu streuen. In wichtiger Anknüpfungspunkt war die bereits erwähnte Querdenken-Bewegung, besonders die Stuttgarter Abteilung, und im digitalen Raum die Gruppierung „Verfassungsgebende Versammlung“ (Goertz 2022, s. auch Kapitel 4). Nahezu zeitgleich mit den Beginn der Pandemie kam es zum ersten Verbot einer Reichsbürgerbewegung. Am 19.03.2020 wurde der Verein „Geeinte deutsche Völker und Stämme“ und eine zugehörige Teilorganisation verboten. Diese Gruppierung sah die Bundesrepublik Deutschland als ein „Firmenkonstrukt“ an. Außerdem war es eine Kernüberzeugung, dass die Bundesrepublik Deutschland gegen die Interessen ihrer Bürger und stattdessen im Interesse verborgener Eliten agiere. Dabei handelt es sich um eine klassische Verschwörungsmythe (Goertz 2022).

Das für die Reichsbürgerszene bedeutendste Ereignis im Berichtszeitraum war die Durchführung einer der größten Razzien in der Geschichte der Bundesrepublik am 7. Dezember 2022 gegen ein Netzwerk von "Reichsbürgern" und Verschwörungsideologen, die selbsternannte "Patriotische Union". Unter Einsatz von ca. 3000 Polizeibeamten wurden 25 Personen festgenommen und an 50 Orten in Deutschland zahlreiche Waffen beschlagnahmt (Horten/Orth 2023: 255). Der Generalbundesanwalt wirft den Beschuldigten vor, einer terroristischen Vereinigung anzugehören, die sich zum Ziel gesetzt haben soll, die staatliche Ordnung zu überwinden, möglicherweise auch "durch den Einsatz militärischer Mittel und Gewalt gegen staatliche Repräsentanten" (Bundesgerichtshof 2023). Bei den Durchsuchungen beschlagnahmten die Ermittler mehrere Schusswaffen und Munition.

Diese drei Ereignisse: Der Mordfall im Oktober 2016, das erste Vereinsverbot 2020 und die große Razzia 2022 verdeutlichen die neue, stärkere Dynamik des Phänomenkomplex „Reichsbürger“. Man kann vermuten, dass die Covid-19 Pandemie wie ein Katalysator auf die Entwicklung der Szene wirkte: Sie brachte viele, von den Maßnahmen gefrustete Menschen über die Demos mit der Szene in Kontakt und bot reichlich digitales Material zur Radikalisierung an. Laut Verfassungsschutzbericht 2022 gehörten der „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Szene im Jahr 2022 etwa 23.000 Personen an (2021: 21.000) (BfV 2023: 105). Der Anteil derer, die zugleich als Angehörige des rechtsextremistischen Spektrums gelten, beläuft sich dabei auf 1.250 Personen (2021: 1.150) (BfV 2023). Die Anzahl der gewaltorientierten „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ beträgt im Jahr 2022 2.300 Personen (2021: 2.100) (BfV 2023: 105). Zu diesem Personenkreis gehören gewalttätige Szeneangehörige sowie Personen, die beispielsweise durch Drohungen oder

gewaltbefürwortende Äußerungen auffallen (BfV 2023). Reichsbürger stehen Migration ablehnend gegenüber und greifen immer wieder auf Verschwörungserzählungen zurück.

### *Im massiven Aufschwung: Verschwörungsglaube*

Mehrmals kamen wir in diesen Bericht bereits auf den Verschwörungsglaube zu sprechen. Besonders in Zeiten der Covid-19 Pandemie hatte er Konjunktur. Gleichzeitig handelt es sich um ein altes, die politischen Lager und Ideologien übergreifendes und verbindendes Phänomen. In diesen Abschnitt wird ein vertieftes Verständnis des Verschwörungsglauben hergeleitet. Den oftmals wird das Phänomen nicht als ein gesellschaftliches Problem verstanden, sondern individualisiert. Die letzte Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnete den Verschwörungsglauben als Angriff auf die Lebensweise in Deutschland, den Politiker mit ihren Argumenten nur wenig entgegen setzten könnten, weil diese Argumente von Verschwörungsgläubigen nicht anerkannt werden. Es gäbe eine Diskursverweigerung und sei teilweise auch eine Aufgabe für Psychologen (Spiegel 2020). Dies ist insofern richtig, als das einzelnen Menschen die sich über alle Maßen in derartigen Wahn hineingesteigert haben, wie es vielleicht der Reichsbürger tat der 2016 auf die Polizisten schoss, psychologischer 1:1 Betreuung bedürfen.

Gleichzeitig handelt es sich aber auch um Massenphänomen mit einer soziohistorischen Genese und einer sozialpsychologischen Erklärung (Salzborn 2020: 97-99). Dieser zufolge ist der Verschwörungsglaube ein spezifisches modernes Phänomen, das aber gleichzeitig antimodern ist (Salzborn 2020: 8). Die Ursache für diesen scheinbar Widerspruch liegt in der Geschichte: Eine der größten Errungenschaften der Aufklärung ist die kritische Vernunft, die Aufklärung ermöglicht. Der Mensch kann sich die Welt rational erklären, sie entmystifizieren (Adorno/Horkheimer 2018). Diese Einsicht bedingt aber gleichzeitig den Zusammenbruch der Vorstellungen einer Autorität, die sich für die Gesellschaft so wie sie ist, verbürgt. Nicht-aufgeklärte, vormoderne Menschen glaubten oft, u.a. weil sie es beständig so vermittelt bekamen, dass ihr Platz in der Gesellschaft vorherbestimmt sei. Sie haben eine Rolle zu erfüllen, entweder als geistliche Autorität, weltliche Autorität oder als Untertan. Derartige Gewissheiten haben sich heute weitgehend überholt. Die Gesellschaft wird nun besser beschrieben: Sie ist ein nicht gesteuertes, hochkomplexes, soziales Konstrukt das von einer Vielzahl an Prozessen geformt wird. Man kann einen Teil dieser Prozesse mit den Begriffen Modernisierung, Desintegration und Individualisierung (Beck/Beck-Gernsheim 2012) zusammenfassen. Diese Entwicklungen haben allerdings nicht zum Verschwinden eines teilweise bestehenden Wunsches nach einer Autorität, die in persönlichen oder gesellschaftlichen Krisenzeiten die

Komplexität der Welt regelt, geführt (Heitmeyer 2020; Decker/Brähler 2020). Vor allem ist es die Komplexität der gesellschaftlichen Entwicklungen, die bei manchem Bürger den Wunsch nach einfachen Lösungen und Erklärungen bestärkt.

„Die Grundannahme der Ansätze besteht darin, dass in der modernen Gesellschaft des hochindustrialisierten Kapitalismus ein Prozess vollzogen wird, der Bindungen des Individuums an seine sozialstrukturellen Kontexte aufgrund sich wandelnder ökonomischer Rahmenbedingungen nicht nur verändert, sondern tendenziell auflöst. [...] Kurz gesagt verliert das Individuum zunehmend soziale Stabilitäten und Verlässlichkeiten in seinem Nahraum, die nach und nach ersetzt werden durch Anforderungen wie hohe Flexibilität, extreme Mobilität und die lebenslange Veränderung seines persönlichen und sozialen Umfeldes.“ (Salzborn 2020: 133)

Diese Prozesse und Krisen begünstigen das verstärkte Auftreten von Menschen mit Verschwörungsglauben. Die zunehmend weniger stark strukturell determinierte Identität des Menschen ist fragil. Diese Fragilität bedingt Unsicherheit, man muss sich permanent seiner eigenen Biografie versichern, die zuvor stark vorstrukturiert war (Salzborn 2020: 135). Diese strukturellen Faktoren betreffen alle Menschen gleichermaßen. Dennoch werden nicht alle verschwörungsgläubig. Ein Teil der Forschung befasst sich daher mit individuellen Einstellungen, die das Entstehen/Erstarken des Verschwörungsglauben begünstigen. Eines der bekannten Konzepte in diesen Kontext ist der autoritäre Charakter (Adorno et al. 2020).

Ein Teil dieses Konzepts ist die Verschwörungsmentalität (Schließler et al. 2020: 284-289). Sie stellt das negative Pendant zum Aberglauben dar. Während der Aberglaube sich die Welt durch das Wirken guter Mächte erklärt, die sinnvoll handeln, ist es in der Verschwörungsmentalität gegenteilig. Anstelle einer chaotischen, von vielen verschiedenen Prozessen gestalteten Wirklichkeit, tritt eine Gruppe, die alle Geschehnisse lenkt. Diese agiert bewusst im Verborgenen und führt nichts Gutes im Schilde. Sowohl abergläubische als auch Menschen mit Verschwörungsmentalität imaginieren Kausalitäten. Das diverse Zusammenkommen unterschiedlichster Gruppen auf verschwörungsgläubigen Kundgebungen kann dann von der Sozialpsychologie durch verschiedene Ausformungen des autoritären Charakter erklärt werden (Decker et al. 2022: 214-216). Wenn beispielsweise auf einer Demonstration gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sich sowohl esoterische Gruppen aufhalten die das Virus nicht mit politischen Maßnahmen, sondern durch andere, gute Kräfte (Engel, heilende Gegenstände, Handauflegen etc.) bekämpfen wollen und Gruppen die hinter dem Virus eine Verschwörung böser Mächte (Eliten, Juden, Satanisten etc.) sehen, so bilden diese die beiden Seiten der Projektivität (Aberglaube und Verschwörungsmentalität) des autoritären Syndrom ab.

Vielleicht ist es sinnvoll die Verschwörungsgläubigen in unterschiedliche Typen einzuteilen: Zum einen der Typus des Einzelgängers, der die Wahrheit erkannt hat und zur Tat schreitet. Ein globales Beispiel dafür ist der Attentäter von Christchurch, auch Anders Breivik ist für viele rechtsextreme Verschwörungsgläubige ein Held. Ein ganz anderer Entwicklungspfad ist der eines selbsternannten Aufklärers. Durch die Erstellung von medialen Inhalten, das Anmelden von Demonstrationen und alle anderen Versuche zur Erlangung von Aufmerksamkeit versuchen einige besonders überzeugte Anhänger den Verschwörungsglauben zu verbreiten. Das vielleicht populärste Beispiel aus den USA dafür ist Alex Jones, der seit 1999 medial aktiv ist. Ein Beispiel aus Deutschland ist Nikolai Nerling, der seit 2017 einen rechtsextremen YouTube-Kanal betreibt (Dörfer 2021, Speit/Röpke 2021).

Ein Beispiel für die Verbreitung von Verschwörungsglauben fördernde und Radikalisierung begünstigende Wirkung der Covid-19 Pandemie ist der ehemalige Fernsehkoch und Kochbuchautor Attila Hildmann. Dieser war bis zur Pandemie ein erfolgreicher Lebensmittelunternehmer und bekannter Vertreter eines veganen Lebensstil. Mit Beginn der Pandemie radikalisierte er sich in einer enormen Geschwindigkeit, verlor in diesen Prozess alles was er sich unternehmerisch aufgebaut hat und beteiligte sich auch an den Sturm auf den Reichstag im August 2020 (Polta 2023). Schließlich gibt es noch die große Masse derjenigen, die die medialen Produkte konsumiert und bei den Demonstrationen mitläuft. Dieser Vorschlag einer Typologisierung richtet sich nach der Tätigkeit (individuell-mordend; aktiv-missionierend, passiv-konsumierend). Eine bestehende, andere Typologie richtet sich nach dem Grad der Überzeugung: Absolut überzeugte Anhänger interpretieren jedes gesellschaftliche Ereignis als gesteuert. Einsteiger hingegen halten nur vereinzelte Behauptungen einer Verschwörung für potentiell wahr (Franks et al. 2017). Eine andere Studie orientiert sich am Selbstbild der Verschwörungsgläubigen (Harambam/Aupers 2017). Wenn sich genügend Anhänger hinter solchen Irrglauben versammeln, kann dieser kollektiv handlungsleitend werden. Neben den Sturm auf den Reichstag in Deutschland, ist der Sturm auf das Kapitol im Januar 2021 ein bekanntes Beispiel. In diesem Fall war es u.a. der, global verbreitete, Glauben an die QAnon Verschwörung, der die Massen mobilisierte.

Der Vollständigkeit halber muss an dieser Stelle auf die Verbreitung des Verschwörungsglauben auch außerhalb des rechten und rechtsextremen Milieu hingewiesen werden. Verschwörungsglaube ist ein Phänomen das auch in bürgerlichen Kreisen auftritt (Frei/Nachtwey 2021b; Teune 2021). Auch in islamistischen und linken Milieus findet sich Verschwörungsglaube. Besonders häufig werden von diesen Gruppen die Verschwörer im

globalen Westen, konkret in Israel und den USA imaginiert. Zentral ist die Annahme, dass die Allgemeinheit (bei Linken) oder die Muslime (bei Islamisten) von diesen Staaten oder Eliten in diesen Staaten gezielt und geplant, unterdrückt werden (Woeldike 2001, Arnold 2016, Rickenbacher 2018). Um ein Missverständnis an dieser Stelle vorzubeugen: Menschliche Gesellschaften weltweit sind in politischen Gebilden organisiert, die Herrschaftsverhältnisse darstellen. (Antimuslimischer) Rassismus ist ein globales Phänomen und eine fundamentale Kritik an Wirtschaft und Gesellschaft ist nicht per se Ausdruck eines Verschwörungsglauben. Die Herrschaftsverhältnisse sind aber nicht das Ergebnis des gezielten Handelns einer verschworenen Gruppen, bspw. (jüdischer) Bankiers, sondern entpersonalisierte, sich beständig reproduzierende, abstrakte Herrschaftsverhältnisse (Böhle 2019).

Greift man auf eine der wenigen Messungen der Verschwörungsmentalität zurück, so zeigt sich deren bereits längere Existenz (Decker et al. 2022: 81). Mit Beginn der Covid-19-Pandemie, den Gegenmaßnahmen gegen diese und den Reaktionen, die in der Querdenkerbewegung zusammenlief, zeigt sich eine Steigerung der Verschwörungsmentalität (Abb. 6). Immerhin 51% der Ostdeutschen wiesen zu diesem Zeitpunkt eine Verschwörungsmentalität auf.

Abb. 6: Verschwörungsmentalität 2012-2022

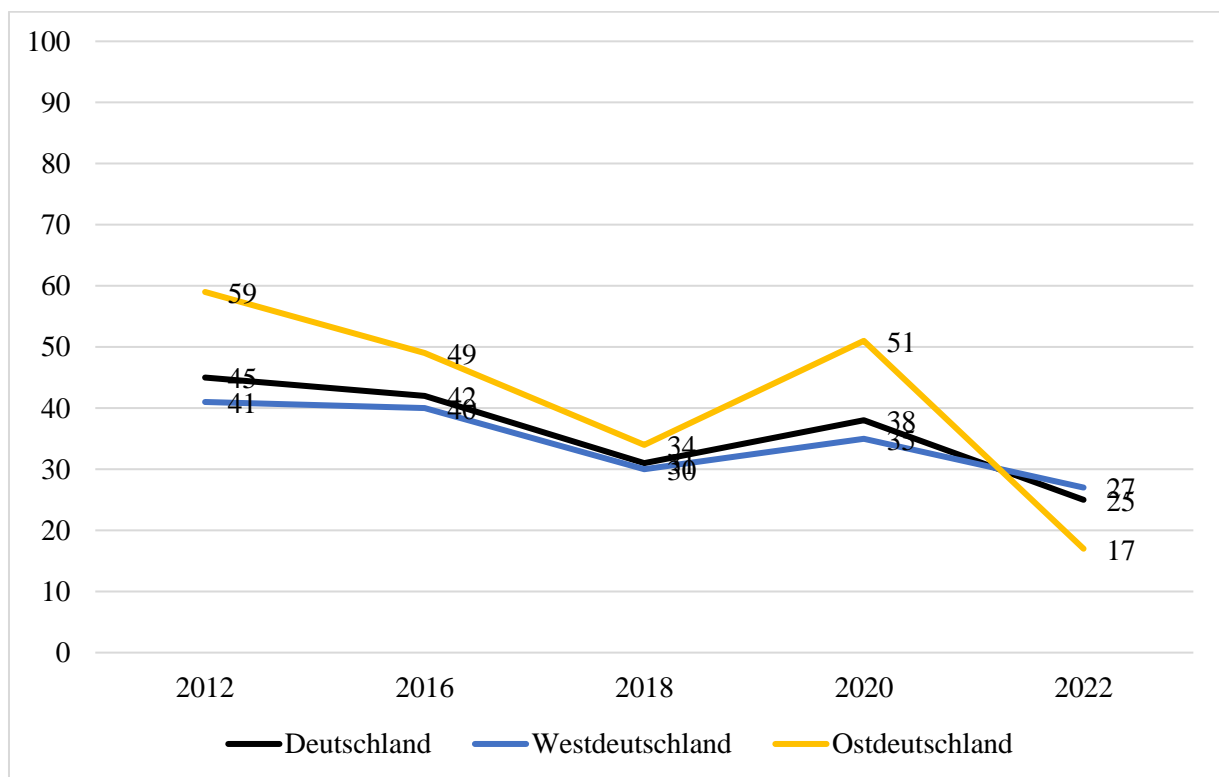


Abbildung 6: Eigene Darstellung auf Grundlage der Leipziger Autoritarismus-Studie 2012-2022; n=2555; 2503; Angaben in Prozent der Zustimmung zur Skala manifeste Verschwörungsmentalität (Decker et al. 2022: 81).



Diese Zahl reduzierte sich 2022 überraschend wieder deutlich und fiel gerade in Ostdeutschland auf ein Drittel der vorherigen Zustimmung. Inwieweit es sich dabei um realen Entwicklungen, Messfehler der Studie, dem Erlernen der Antworten zur Verschwörungsmentalität (ähnlich wie beim Antisemitismus) handelt, kann an dieser Stelle nicht gesagt werden. So wie die Entwicklung über Zeit seit 2012 rückläufig scheint, findet sich doch eine nicht geringe Zahl an Bürgern, die eine Verschwörungsmentalität und einen Verschwörungsglauben aufweisen. Da dieser hochgradig mit der Ablehnung einer liberalen Demokratie einhergeht, und diese Verbreitung vor allem als Brücke zum Rechtsextremismus funktioniert, ist das Problem des Verschwörungsglaubens in seiner Relevanz nicht zu unterschätzen (Pickel et al. 2022). Speziell auch aufgrund ihrer starken Verbindung zu antisemitischen Ressentiments und gegen (muslimische) Migranten gerichteten Verschwörungserzählungen, wie sie sich paradigmatisch in der Verschwörungserzählung vom sogenannten „Großen Austausch“ manifestiert. In dieser Verschwörungserzählung wird dargestellt, wie hinter den Kulissen agierende Eliten (oft jüdischer Herkunft) die einheimische Bevölkerung durch eine Durchsetzung einer Migrationen von Muslimen ersetzen lassen will. Diese Verschwörungserzählung hat sich als eine länderübergreifende Erzählung der neuen Rechten etabliert.

Die Bekämpfung des Verschwörungsglauben sieht sich also großen Herausforderungen gegenüber. Eine Überwindung von Verschwörungsglauben und Verschwörungserzählungen in ihrer Gesamtheit erscheint unrealistisch. Die Resilienz gegen derartigen Irrationalismus zu erhöhen, erscheint dagegen mehr als sinnvoll. Dafür wird die politische und charakterliche Bildung von Bedeutung sein, aber auch konkrete digitale, mediale und politische Gegenstrategien (Adorno 2021).

## 6. Fazit und Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht umfasst den Zeitraum von 2018 bis einschließlich 2022. Während 2018 und 2019 noch ein Abklingen der Spitzenwerte von 2015 und 2016 beobachtet werden konnte, stieg die Hasskriminalität in den darauffolgenden Jahren immer weiter an. Dass selbst die niedrigsten Werte des betrachteten Zeitraum deutlich über den Werten vor 2015 liegen, macht diese Entwicklung besonders bedrohlich. Das Absinken der Werte in den Jahren 2018 und 2019 sollte außerdem nicht darüber hinwegtäuschen, dass einzelne, mutmaßliche Taten von Asylbewerbern heftige Reaktionen in Form von Demonstrationen hervorrufen können. Bei diesen Demonstrationen verblasst teilweise die Grenze zwischen bürgerlichen und rechtsextremen Spektrum.

Die Jahre 2020, 2021 und 2022 waren maßgeblich geprägt durch die Covid-19-Pandemie. In diesen Kontext kam es zu Massendemonstrationen die in ihrer Gänze schwer einzuordnen. Nichtsdestotrotz lassen sich einige Aussagen treffen. Rechte und Rechtsextreme versuchten beständig die Demonstrationen zu vereinnahmen, teilweise gelang dies. Die Schutzmaßnahmen gegen die Pandemie betrafen alle Bürger, die dadurch oft Einschränkungen erlebten. Diese direkte Betroffenheit ermöglicht eine einfache Mobilisierung. Verschwörungstheorien/-ideologien waren auf diesen Demonstrationen präsent. Oftmals sind diese Ausdruck von Mischideologien, gebildet aus antisemitischen, rassistischen, esoterischen, misogynen und nationalen Versatzstücken. Als potenzielle Ziele markieren sie häufig den Staat und seine Vertreter, sowie diverse Minderheiten, die als mitschuldig an der Verschwörung imaginiert werden. Einzelne Männer, die sich häufig im Internet radikalisierten konnten durch derartige Mischideologien schon vor der Pandemie zu gewaltvollen Hassverbrechen, wie in Hanau und Halle, motiviert werden. In der Pandemie wurde offen artikulierter Verschwörungsglaube zum Massenphänomen. Die politisch motivierte Kriminalität stieg im Kontext der Pandemie an. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und das Scheitern der Impfpflicht änderten im Frühjahr 2022 die Themenkonjunktur. Im Kontext des Krieges versuchten rechte Akteure bestimmte negative Folgen, wie die anhaltend hohe Inflation und das zeitweise realistisch erscheinende Szenario einer Gasknappheit, zur Mobilisierung. Dies gelang nicht im gleichen Umfang wie während der Pandemie oder mit den Themenkomplex Flucht und Asyl. Seit Herbst 2022 sind wieder vermehrt Anti-Asylproteste zu beobachten, dies ist eine Folge neuer Gelegenheitsstrukturen. 2022 kam es zu einer Massenmigration aus der Ukraine, davon verblieb ein Teil in Deutschland und einer nachholenden Wetermigration von Menschen, die bereits auf der Balkanroute waren.

Die Alternative für Deutschland entwickelte sich im untersuchten Zeitraum zu einen der wichtigsten Akteure im Bereich Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus. Sie nimmt eine Schlüsselposition der Mobilisierung und Vernetzung ein, weil sie in vielen Parlamenten vertreten ist, effektiv mit anderen rechten Akteuren netzwerkt und ein politisches Klima der Feindschaft gegenüber verschiedenen Minderheiten stiftet. Die Radikalisierung der Partei bildet sich im Verlauf des Richtungsstreit innerhalb der Partei ab. Die radikale Gruppierung „Der Flügel“, eine Interessengemeinschaft innerhalb der Partei die zuerst vom Verfassungsschutz beobachtet wurde, stand dabei einen relativ betrachtet konservativ-liberalen Lager gegenüber. Das konservativ-liberale Lager wurde maßgeblich von Jörg Meuthen vertreten. Dessen Austritt aus der Partei 2022 signalisierte die endgültige innerparteiliche Dominanz des Flügel um Björn Höcke. Die Mobilisierung der AfD rekuriert auf Kategorien der PMK, die als -fremdenfeindlich- oder -rassistisch- einzuordnen sind. Entgegen eigener Aussagen finden sich auch antisemitische Ressentiments und Hasskriminalität dort häufiger.

Zur Erstellung dieses Berichtes wurde verschiedenartige Fachliteratur verwendet. Die Datengrundlage besteht zentral aus den vom BMI veröffentlichten Daten zur politisch motivierten Kriminalität und den Berichten des Verfassungsschutz. Diese wurden ergänzt durch Daten und Berichte von Betroffenen der Hasskriminalität (RIAS, DOSTA/MIA, CLAIM). Deren Community-basiertes Monitoring befindet sich gegenwärtig noch im Aufbau und stellt eine wichtige Ergänzung zu den erstgenannten Daten dar. Ebenso zu begrüßen ist, dass die Relevanz von Dunkelfeldstudien erkannt wurde und diese zunehmend zu spezifischen Phänomen durchgeführt werden. Sie erhöhen die Verlässlichkeit der Daten und ist somit für die Qualität des Berichtswesens, die Betrachtung des Dunkelfeldes aber auch vertiefende wissenschaftliche Analyse unerlässlich.

Abschließend sei angemerkt, dass das gegenwärtig auftretende Phänomen von sich überlagernden, ineinander übergehen und inhaltlich verbundenen Krisen wahrscheinlich bestehen bleiben wird. Es wäre daher ratsam einen Umgang mit sich schnell ändernden oder wiederkehrenden Krisenphänomen zu finden. Der Abbau der im Zuge der Krise 2015 und 2016 aufgebauten Kapazitäten in der Flüchtlingsbetreuung erweist sich gegenwärtig als voreilig. Die Gefahr des Rechtspopulismus bzw. Rechtsradikalismus der AfD und ihres Umfeld wird durch die Gewöhnung nicht ungefährlicher. Den Communities, die oftmals seit Generationen Opfer von Hassverbrechen werden, sollte zugehört werden und die vielfach erarbeiteten Handlungsempfehlungen der Expertengremien umgesetzt werden.

## 7. Literatur

- Adorno, Theodor W. 2021. *Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959 - 1969*, 28. Aufl. Suhrkamp Taschenbuch, Bd. 11. Frankfurt: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. und Ludwig von Friedeburg. 2020. *Studien zum autoritären Charakter*, 12. Aufl. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Bd. 1182. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Apelt, Maja, Ingo Bode, Raimund Hasse, Uli Meyer, Victoria von Groddeck, Maximiliane Wilkesmann und Arnold Windeler (Hrsg.). 2019. *Handbuch Organisationssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Arnold, Sina. 2016. *Das unsichtbare Vorurteil. Antisemitismuskurse in der US-amerikanischen Linken nach 9/11*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Attia, Iman. 2014. Rassismus (nicht) beim Namen nennen. *APuZ (Aus Politik und Zeitgeschichte* 64 (13-14): 8–14.
- Ayyadi, Kira. 2017. „Der große Austausch“ oder die spinnerte ideologische Grundlage der Neuen Rechten. *BellTowerNews*. 26 Oktober 2017.
- Beck, Ulrich und Elisabeth Beck-Gernsheim. 2011. *Individualization. Institutionalized individualism and its social and political consequences*. Theory, culture & society. Los Angeles: Sage.
- Birkel, Christoph, Daniel Church, Anke Erdmann, Alisa Hager und Nathalie Leitgöb-Guzy. 2022. *Sicherheit und Kriminalität in Deutschland – SKiD 2020. Bundesweite Kernbefunde des Viktimisierungssurvey des Bundeskriminalamts und der Polizeien der Länder*.
- BMI Bundesministerium des Innern und für Heimat. 2023. *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2022. Bundesweite Fallzahlen*.
- Böhle, Fritz. 2019. Karl Marx und die Kritische Theorie. Zum Verhältnis von Herrschaft und Organisation. In *Handbuch Organisationssoziologie*, hrsg. Maja Apelt, Ingo Bode, Raimund Hasse, Uli Meyer, Victoria von Groddeck, Maximiliane Wilkesmann und Arnold Windeler, 1–21. Wiesbaden: Springer VS.
- Brand, Ullrich. 2009. *Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik*. [https://www.boell.de/sites/default/files/multiple\\_krisen\\_u\\_brand\\_1.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/multiple_krisen_u_brand_1.pdf). Zugegriffen: 20. August 2023.
- Bundesamt für Verfassungsschutz. 2019. *Verfassungsschutzbericht 2018*.
- Bundesamt für Verfassungsschutz. 2020. *Verfassungsschutzbericht 2019*.
- Bundesamt für Verfassungsschutz. 2021. *Verfassungsschutzbericht 2020*.
- Bundesamt für Verfassungsschutz. 2022. *Verfassungsschutzbericht 2021*.
- Bundesamt für Verfassungsschutz. 2023. *Verfassungsschutzbericht 2022*.
- Bundesgerichtshof. 2023. *Bundesgerichtshof ordnet Fortdauer der Untersuchungshaft gegen Beschuldigte aus dem sogenannten Reichsbürgermilieu wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung und Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens an. 115/2023*.
- Bundeskriminalamt (BKA). 2023. *Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität*.
- Butter, Michael und Peter Knight. 2023. *Covid Conspiracy Theories in Global Perspective*. Conspiracy Theories. London: Taylor & Francis.
- CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit (Hrsg.). 2023. *Zivilgesellschaftliches Lagebild antimuslimischer Rassismus. Antimuslimische Vorfälle in Deutschland 2022*. Berlin.
- Decker, Oliver, Elmar Brähler, Nele Hellweg, Clara Schließler und Marius Dilling. 2022. Wer sind die Verschwörungsgläubigen?: Facetten der Verschwörungsmentalität in Deutschland. In *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen - alte Reaktionen?: Leipziger Autoritarismus Studie 2022*, hrsg. Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller und Elmar Brähler, 209–243. Forschung Psychosozial. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, Oliver, Johannes Kiess, Ayline Heller und Elmar Brähler (Hrsg.). 2022. *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen - alte Reaktionen?: Leipziger Autoritarismus Studie 2022*. Forschung Psychosozial. Gießen: Psychosozial-Verlag.

- Decker, Oliver, Johannes Kiess, Ayline Heller, Julia Schuler und Elmar Brähler. 2022. Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen - alte Reaktionen?: Leipziger Autoritarismus Studie 2022*, hrsg. Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller und Elmar Brähler, 31–90. Forschung Psychosozial. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- DeZIM - Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (Hrsg.). 2022. *Rassistische Realitäten. Wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander?* Berlin.
- Dokustelle Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus. 2019. *Antimuslimischer Rassismus Report 2019*.
- Dörfer, André. 2021. Politische Sozialisation online: Wie gehen Jugendliche mit rechtsextremen Social-Media-Inhalten um? In *Gegenwart und Zukunft sozialer Dienstleistungsarbeit: Chancen und Risiken der Digitalisierung in der Sozialwirtschaft*, hrsg. Carolin Freier, Joachim König, Arne Manzeschke und Barbara Städtler-Mach, 227–241. Perspektiven Sozialwirtschaft und Sozialmanagement. Wiesbaden: Springer VS.
- DOSTA - Dokumentationsstelle Antiziganismus. 2022. *Dokumentation Antiziganistischer Vorfälle 2021 & 2022*.
- Düvell, Frank. 2022. *Flucht aus der Ukraine und aus dem Globalen Süden über den Balkan*. Osnabrück. [https://www.imis.uni-osnabrueck.de/fileadmin/4\\_Publikationen/PDFs/Duvell\\_Ukraine\\_Balkan\\_Lage\\_11-11-2022.pdf](https://www.imis.uni-osnabrueck.de/fileadmin/4_Publikationen/PDFs/Duvell_Ukraine_Balkan_Lage_11-11-2022.pdf). Zugriffen: 12. September 2023.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung. 2023. Massiver Anstieg von Angriffen auf Asylbewerberheime. 2 März 2023. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/anriffe-auf-asylbewerberheime-massiver-anstieg-in-2022-18716836.html>. Zugriffen: 11. September 2023.
- Franks, Bradley, Adrian Bangerter, Martin W. Bauer, Matthew Hall und Mark C. Noort. 2017. Beyond "Monologicality"? Exploring Conspiracist Worldviews. *Frontiers in psychology* 8: 861. doi: 10.3389/fpsyg.2017.00861.
- Frei, Nadine und Oliver Nachtwey. 2021a. *Quellen des «Querdenkertums». Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg*.
- Frei, Nadine, Robert Schäfer und Oliver Nachtwey. 2021b. Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34 (2): 249–258. doi: 10.1515/fjsb-2021-0021.
- Freier, Carolin, Joachim König, Arne Manzeschke und Barbara Städtler-Mach (Hrsg.). 2021. *Gegenwart und Zukunft sozialer Dienstleistungsarbeit. Chancen und Risiken der Digitalisierung in der Sozialwirtschaft*. Perspektiven Sozialwirtschaft und Sozialmanagement. Wiesbaden: Springer VS.
- Goertz, Stefan. 2022. „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sowie „Querdenker“ – Akteure, Strategien, Ideologieelemente. <https://ksv-polizeipraxis.de/reichsbuerger-und-selbstverwalter-sowie-querdenker-akteure-strategien-ideologieelemente/>. Zugriffen: 10. Oktober 2023.
- Graevskaia, Alexandra. 2022. *Institutioneller Rassismus in der Polizei. Rassistisches Wissen und seine Nutzung*. NaDiRa working papers 04 (22). Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V.
- Grimm, Marc und Bodo Kahmann (Hrsg.). 2018. *Antisemitismus im 21. Jahrhundert*: De Gruyter.
- Harambam, Jaron und Stef Aupers. 2017. 'I Am Not a Conspiracy Theorist': Relational Identifications in the Dutch Conspiracy Milieu. *Cultural Sociology* 11 (1): 113–129. doi: 10.1177/1749975516661959.
- Heitmeyer, Wilhelm. 2020. *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung 1*. Frankfurt/Main: suhrkamp.
- HHU - Heinrich Heine Universität. 2022. *Studie zum Antisemitismus. Prof. Dr. Heiko Beyer leitet die große NRW-„Dunkelfeldstudie“*. <https://www.hhu.de/news-einzelansicht/prof-dr-heiko-beyer-leitet-die-grosse-nrw-dunkelfeldstudie>. Zugriffen am 10. September 2023.
- Horkheimer, Max und Theodor W. Adorno. 2018. *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, 22. Aufl. Fischer-Taschenbücher Fischer Wissenschaft. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

- Horten, Barbara und Marleen Orth. 2023. Politisch motivierte Kriminalität durch Reichsbürger und Selbstverwalter in der Bundesrepublik. *Foresnsische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie* 17: 255-258.
- Kalkstein, Fiona, Gert Pickel, Natalie Gittner, Kazim Celik und Johannes Kiess. 2022. Antifeminismus und Geschlechterdemokratie. In: Decker, Oliver, Johannes Kiess, Ayline Heller und Elmar Brähler (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* Gießen: psychosozial, S. 245-270.
- Kelly, Robert J. und Jess Maghan (Hrsg.). 1998. *Hate crime. The global politics of polarization*. Elmer H. Johnson and Carol Holmes Johnson series in criminology. Carbondale: Southern Illinois University Press.
- Kiess, Johannes und Wenzel Gideon (Hrsg.). 2022. *Ausstieg aus der Demokratie. Einblicke in sächsische Telegram-Gruppen & Kanäle*. Digital Report, Bd. 2.
- Kriesi, Hanspeter, Argyrios Altiparmakis, Abel Bojar und Ioana-Elena Oana. 2021. Debordering and re-bordering in the refugee crisis: a case of 'defensive integration'. *Journal of European Public Policy* 28 (3): 331–349. doi: 10.1080/13501763.2021.1882540.
- Mayerhofer, Kerstin, Dina Porat, Lawrence H. Schiffman und Armin Lange (Hrsg.). 2021. *Confronting Antisemitism in Modern Media, the Legal and Political Worlds*. Berlin/Boston: De Gruyter.
- MIA - Melde- und Informationsstelle Antiziganismus. 2023a. *PMK-Statistik für das Jahr 2022 veröffentlicht. : Ein Drittel mehr antiziganistisch motivierte Straftaten erfasst als im Vorjahr - dennoch riesiges Dunkelfeld*. Berlin.
- MIA - Melde- und Informationsstelle Antiziganismus. 2023b. *Antiziganistische Vorfälle in Deutschland: Erster Jahresbericht der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus*. Berlin.
- Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien. 2022. „Corona-Proteste“ und die extreme Rechte. *Aspekte des Demonstrationsgeschehens im Land Brandenburg 2020 und 2021*. Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus. Berlin.
- Pfahl-Traughber, Armin. 2000. *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, 2. Aufl. München: Beck.
- Pickel, Gert und Susanne Pickel. 2022. *Demokratie*. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.
- Pickel, Gert, Cemal Öztürk, Verena Schneider, Susanne Pickel und Oliver Decker. 2022. Covid-19-Related Conspiracy Myths, Beliefs and Democracy-Endangering Consequences. *Politics and Governance* 10 (4): 177-191.
- Pickel, Gert, Susanne Pickel, und Alexander Yendell. 2020. Zersetzungspotentiale einer demokratischen politischen Kultur: Verschwörungstheorien und erodierender gesellschaftlicher Zusammenhalt. In *Autoritäre Dynamiken. Leipziger Autoritarismus Studie 2020*, Hrsg. Oliver Decker, Elmar Brähler, 89-118. Gießen: Psychosozial.
- Polta, Philipp. 2023. Antisemitismus und Antifeminismus in Covid-19-Verschwörungsmythen. *ZRex Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* 3 (1): 68–82. doi: 10.3224/zrex.v3i1.05.
- Quent, Matthias, Daniel Geschke und Eric Peinelt. 2014. *Die haben uns nicht ernst genommen. Eine Studie zu Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt mit der Polizei*. Neudietendorf.
- Quent, Matthias, Christoph Richter und Axel Salheiser. 2022. *Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende*. München: Piper.
- Rathje, Jan. 2014. *"Wir sind wieder da". Die "Reichsbürger": Überzeugungen, Gefahren und Handlungsstrategien*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Rathje, Jan. 2017. „Reichsbürger“ – Verschwörungsideologie mit deutscher Spezifik: Amadeu Antonio Stiftung.
- Rathje, Jan. 2021. "Money Rules the World, but Who Rules the Money?" Antisemitism in post-Holocaust Conspiracy Ideologies. In *Confronting Antisemitism in Modern Media, the Legal and Political Worlds*, hrsg. Kerstin Mayerhofer, Dina Porat, Lawrence H. Schiffman und Armin Lange, 45–68. Berlin/Boston: De Gruyter.
- RIAS Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. 2022. *Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2021*.

- Rickenbacher, Daniel. 2018. Der „Jüdisch-Westliche Krieg Gegen Den Islam“ – Genealogie Und Aktualität Einer Verschwörungstheorie. In *Antisemitismus im 21. Jahrhundert*, hrsg. Marc Grimm und Bodo Kahmann, 157–178: De Gruyter.
- Röpke, Andrea und Andreas Speit. 2021. *Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos*, 3. Aufl. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Salzborn, Samuel. 2020. *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*, 4. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Schimmelfennig, Frank. 2021. Rebordering Europe: external boundaries and integration in the European Union. *Journal of European Public Policy* 28 (3): 311–330. doi: 10.1080/13501763.2021.1881589.
- Schönberger, Christoph und Sophie Schönberger (Hrsg.). 2020. *Die Reichsbürger. Verfassungsfeinde zwischen Staatsverweigerung und Verschwörungstheorie*. Frankfurt/Main: Campus.
- Speit, Andreas (Hrsg.). 2017. *Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr*, 1. Aufl. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Spiegel*. 2020. Merkel nennt Verschwörungsideologien »Angriff auf unsere ganze Lebensweise«. 15 Dezember 2020.
- Teune, Simon. 2021. Querdenken und die Bewegungsforschung – Neue Herausforderung oder déjà-vu? *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34 (2): 326–334. doi: 10.1515/fjsb-2021-0029.
- Tooze, Adam. 2023. This is why 'polycrisis' is a useful way of looking at the world right now: World Economic Forum. [https://www.weforum.org/agenda/2023/03/polycrisis-adam-tooze-historian-explains?utm\\_source=linkedin&utm\\_medium=social\\_scheduler&utm\\_term=Global+Health&utm\\_content=08%2F03%2F2023+21%3A30](https://www.weforum.org/agenda/2023/03/polycrisis-adam-tooze-historian-explains?utm_source=linkedin&utm_medium=social_scheduler&utm_term=Global+Health&utm_content=08%2F03%2F2023+21%3A30) . Zugriffen am 03. September 2023.
- Virchow, Fabian und Alexander Häusler. 2021. Pandemie-Leugnung und extreme Rechte. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34 (2): 259–266. doi: 10.1515/fjsb-2021-0022.
- Woeldike, Andrea. 2004. Antiamerikanismus in der Linken und der »neuen Friedensbewegung«. In *Antisemitismus und Antiamerikanismus in Deutschland*, hrsg. Zentrum Demokratische Kultur. Leipzig: Klett.
- Yendell, Alexander und David Herbert. 2022. Religion, Conspiracy Thinking, and the Rejection of Democracy: Evidence From the UK. *Politics and Governance* 10 (4): 229–242. doi: 10.17645/pag.v10i4.5904.
- Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.). 2004. *Antisemitismus und Antiamerikanismus in Deutschland*. Leipzig: Klett.